

Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 257

Wilhelmshaven

März 2011

Abschalten

• Die Katastrophe im japanischen Atomkraftwerk Fukushima belegt eindringlich, dass die Atomtechnik nicht beherrschbar ist. Hier gibt es keinen Diskussions- und keine Verhandlungsspielraum. Abschalten sofort - so lautet auch die Forderung des Wilhelmshavener Anti-Atom-Spaziergangs, über den wir auf Seite 3 berichten.

• "Rettet unsere Alleen" - über eine Initiative von Bürgerinnen und Bürgern gegen den drohenden Kahlschlag berichten wir auf Seite 4. Hierzu auch unser Titelbild von Steffen Walentowitz.

• Bei den Wilhelmshavener Linken geht es drunter und drüber. Der bisherige Vorstand wurde in die Wüste geschickt; ein neuer Vorstand wurde gewählt. Jetzt geht's bei der Linken basisdemokratisch zu! Einen Einblick in die Basisdemokratie gibt es auf Seite 6.

• Auf der Februar-Versammlung der Ali ging es mal wieder um die Kosten der Unterkunft. Informationen vom Oldenburger Rechtsanwalt Kroll auf Seite 8. In der März-Versammlung ging es um Anträge, die man schnell stellen sollte. Auf der Tagesordnung stand das "Bildungspaket", das zusammen mit der 5-€-Erhöhung Hartz IV gerechter machen soll. Wir berichten auf Seite 9.

• 100 Jahre internationaler Frauentag. Es wurde viel erreicht, es gibt aber auch noch viel zu tun. Ein Fazit auf Seite 10.

• Wem gehört Radio Jade? Informationen von der letzten Mitgliederversammlung auf Seite 11.

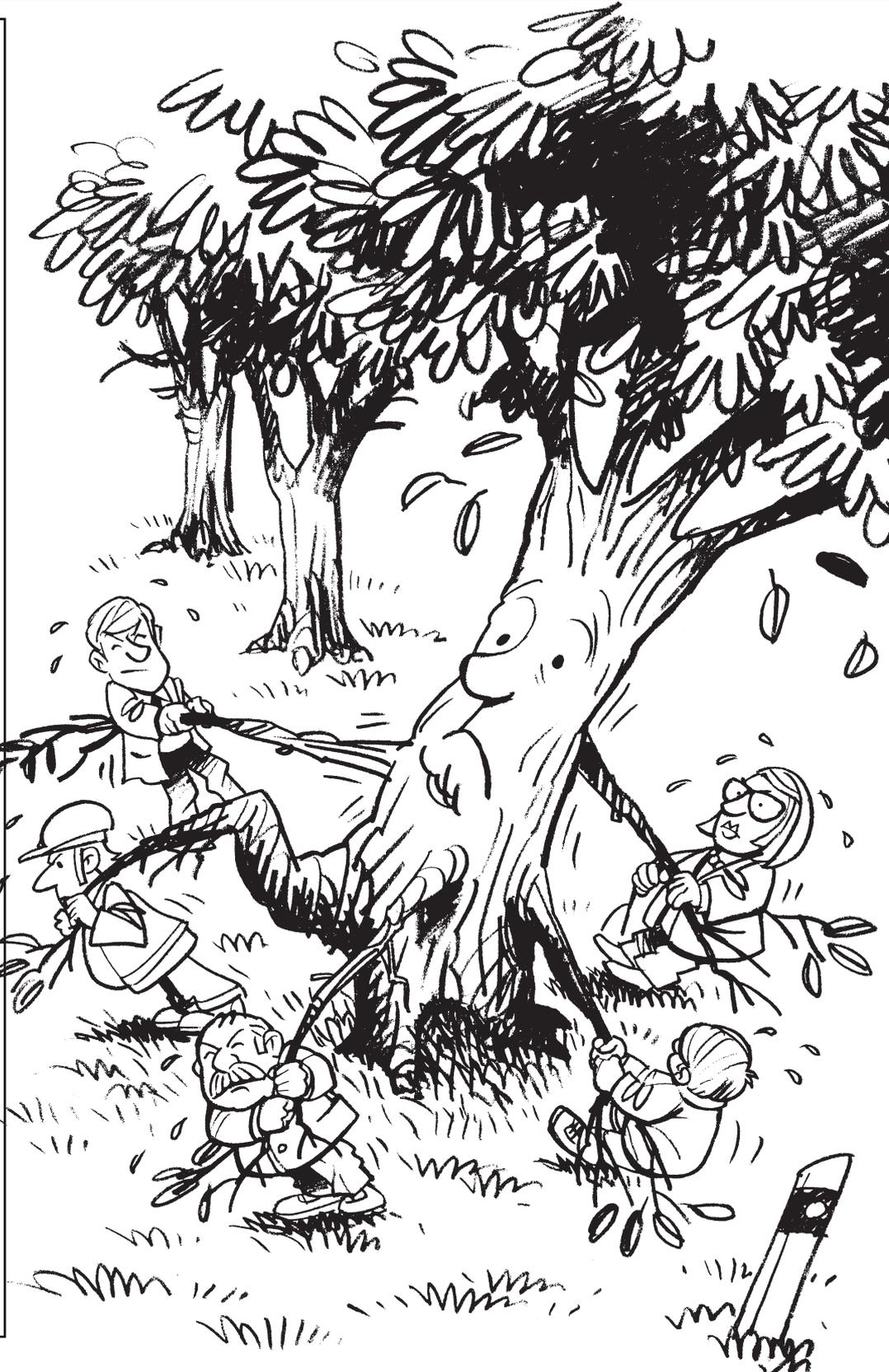
• Unsere Ratssplitter von der Februarsitzung präsentieren wir Ihnen auf Seite 11.

• Die Verordnung zur Verwendung von schwefelhaltigen Schiffskraftstoffen in Seehäfen ist eine Lachnummer - Seite 13.

• Zwischen der Traditionsgaststätte "Antonslust", der benachbarten Logeschule und der Burg Kniphausen soll ein neues Industriegebiet entstehen. Informationen auf Seite 14.

• Die Kaiserlichen KanalarbeiterInnen haben einen offenen Brief an die "Sehr geehrten Ratsdamen und Ratsherren" geschickt. Es geht auf Seite 15 um Fäkalien.

• Unsere Rubrik "Das Letzte" auch in dieser Ausgabe wieder auf der letzten Seite.



Weitere Informationen im Internet
www.gegenwind-whv.de

Nachrichten

Job-Center muss Kautions zahlen

Unwissende betuppen – das tut das Job-Center auch bezüglich der Kautions, die bei Anmietung einer Wohnung gefordert wird. Sie zahlt sie einfach nicht. Werner Ahrens, der Sozialberater der ALI, stellte fest: "Wer den Rechtsweg nicht geht, bekommt in Wilhelmshaven nichts." Aber die Kautions gehört zu den Kosten der Unterkunft und muss vom Job-Center gezahlt werden, sofern die Miete im Rahmen der Angemessenheit liegt – laut Kroll ist das seit Jahren verfestigte Rechtsprechung. "Da werden Unwissende ausgebootet", bemerkte er bitter angesichts der vielen Hartz IV-Betroffenen, die umziehen wollen, sich aber nicht trauen, weil sie nicht wissen, dass sie einen Anspruch auf die Zahlung der Kautions durch das Job-Center haben. (noa)

Gegen das Vergessen

Vor der Vorstellung von "Die Ermittlung" am 22.2. fand auf dem Synagogenplatz Ecke Börsenstr./Parkstr. die Gedenkveranstaltung "Gegen das Vergessen" statt, an der etwa 30 Menschen teilnahmen. Oberbürgermeister Eberhard Menzel brachte in seiner Ansprache die Geschehnisse der Reichspogromnacht in Erinnerung. Thomas Denker spielte auf dem Akkordeon jiddische Musik. Mehrere TeilnehmerInnen aus allen Generationen verlasen die Namen aller bisher bekannten ermordeten Wilhelmshavener Juden, die auf den Stelen an der Gedenkstätte verewigt sind. Durch das Verlesen, den Klang der Namen erhielten die ermordeten BürgerInnen wieder eine konkrete Persönlichkeit. Vor dem inneren Auge sah man sie durch die Straßen gehen, stellte sich vor, wo sie gewohnt hatten, die Namen an den Klingelschildern der Wohnungen, sah ganze Familien im Alltag und bei fröhlichen Feiern. Bis sie von den Nazis her verschleppt wurden. Die beißende Kälte an diesem Februarabend verstärkte die inneren Bilder, wie es gewesen sein muss, bei solchen Temperaturen auf die Straße getrieben zu werden, Tage in Viehwaggons zu verbringen und schließlich – wenn sie nicht gleich nach der Ankunft ermordet wurden - Wochen in Baracken, wo sich mehrere Gefangene eine Pritsche mit einer dünnen Decke teilten und dem Tod entgegen sahen.

Die Gedenkveranstaltung war, als gemeinsames Projekt der Landesbühne und des Initiativkreises "Synagogenplatz", auch der Auftakt für eine Spendenaktion zur Ergänzung noch fehlender Namen ermordeter Wilhelmshavener Juden auf den Stelen von Künstler Dr. Hartmut Wiesner. 113 Namen von den Nazis getöteter Wilhelmshavener jüdischen Glaubens stehen bereits auf den Gedenktafeln, drei weitere Opfer wurden bisher recherchiert, deren Namen jetzt "gegen das Vergessen" auf den Stelen angebracht werden sollen.

Dafür rufen die Veranstalter zu Spenden an die Regionale Dienststelle des Kirchenkreises (RDS-Friesland-Wilhelmshaven) auf: Kontonummer 2605004, Sparkasse Wilhelmshaven, BLZ 28250110 unter dem Stichwort "9. November". (iz)

Immigranten

Darüber, dass immer mehr Tiere im Wattenmeer heimisch werden, die dort eigentlich gar nicht hingehören, wurde in der wissenschaftlichen und auch der lokalen Presse schon des öfteren berichtet. Bisher wurde immer beschrieben, dass das so ist, weil diese Tiere oder Pflanzen im Ballastwasser der Schiffe oder angeheftet am Schiffsrumpf hier angelandet werden. Es passiert eben. Doch jetzt rückte das Senckenberg-Institut mal mit Hintergrundinformationen raus. Und da spielt plötzlich unser heißgeliebter Jade-WeserPort eine unrühmliche Rolle: "Besonders aber das neue Container-Terminal in der Jademündung bietet fremden Arten beste Möglichkeiten zur Ansiedlung: Dafür sorgten neben einer mehrere Kilometer langen, jungfräulichen Kaikante zum Ansiedeln das gut gewärmte Kühlwasser vor demnächst zwei Kohlekraftwerken in direkter Nachbarschaft. "Wenn die neuen großen Containerriesen 18 oder 20 Stunden am Kai liegen, wird mancher blinde Passagier am Schiffsrumpf genug Zeit haben, sich absetzen", glaubt Wehrmann (Senckenberg). Auch über das Ballastwasser würden viele fremde Arten eingeschleust." (Wilhelmshavener Zeitung, 21.02.2011) Unser Dank geht ans Senckenberg-Institut und an Martin Wein. (hk)

Basis fordert Mandatsniederlegung

Auf der Sitzung des kommunalpolitischen Arbeitskreises der LINKEN im Kreisverband Wilhelmshaven am 09.03.2011 hat die Parteibasis den Ratsherrn Johann Janssen zur Mandatsniederlegung aufgefordert. Eine entsprechende Resolution wurde mit breiter Mehrheit beschlossen.

Auch der Vorstand des Kreisverbandes wurde von der Basis aufgefordert, Johann Janssen zur Niederlegung seines Ratsmandates aufzufordern.

Hintergrund dieser Entwicklung ist eine mehr als unerfreuliche Handlungsweise von Johann Janssen. Dieser hatte vier große Anfragen an den Rat der Stadt Wilhelmshaven gestellt und hierfür die Unterstützung der Wählergemeinschaft BASU vorgetäuscht.

Weder die Anfragen als solche, noch deren Inhalt waren der BASU und dem Kreisverband der LINKEN bekannt. Johann Janssen hat somit bewusst und vorsätzlich gegen seine eigene Partei agiert und die BASU missbraucht.

Johann Janssen stand bereits wegen seiner unhaltbaren Äußerungen zu Thilo Sarrazin in der Kritik der Parteibasis. Entgegen der Haltung seiner Partei hält Janssen die menschenverachtenden Thesen und das rechtspopulistische Buch Sarrazins für "richtig und gut".

Mit der vorsätzlichen Fälschung von angeblichen Unterstützungen seiner Anfragen hat Johann Janssen den Bogen des Erträglichen weit überspannt. Janssen hat nun die Konsequenzen für sein eigenständiges Handeln zu tragen und sein Ratsmandat umgehend zurückzugeben.

Der kommunalpolitische Arbeitskreis hofft, dass der neue Kreisverbandsvorstand seine eigene Leitlinie bestätigt und die Beschlüsse der Parteibasis umsetzt.

Quelle: Web-Seite des Ortsverbandes Nord-West der Wilhelmshavener Linken

TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten
Literatur + Comics u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
☎ 04421 / 4 21 84

Option Optionskommune

Die Vertragsverhandlungen für die "Gemeinsame Einrichtung" (GE) von Arbeitsagentur und Landkreis Friesland zum (weiter-) Betrieb des Job-Centers waren schon weit gediehen, da beschloss der Kreistag Friesland am 13.12. 2010 überraschend, einen Antrag auf "Option" zu stellen. – Gemeint ist damit, dass nicht überall die Job-Center von Gemeinsamen Einrichtungen (früher ARGE) betrieben werden, sondern eine Kommune/ ein Landkreis die Betreuung der Langzeitarbeitslosen auch alleine besorgen kann. Da das die Ausnahme ist, wurde das Kind Option genannt. – Nun ist mit der Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils, demzufolge die ARGEN gegen die Verfassung verstießen, neben der GE auch eine höhere Zahl an erlaubten Optionskommunen beschlossen worden. In Niedersachsen dürfen fünf weitere Kommunen/Landkreise die Partnerschaft mit der Arbeitsagentur abweisen. Fünf dementsprechende Anträge liegen vor. Neben Friesland wollen auch Aurich, Wittmund, Schaumburg und Lüchow-Danzenberg optieren. Die Wahrscheinlichkeit für Friesland, den Zuschlag zu bekommen, beträgt damit immerhin 80 %.

Die Kolleginnen und Kollegen des Job-Centers Friesland, die ursprünglich aus der Arbeitsagentur stammen, würden in diesem Fall Beschäftigte des Landkreises werden ("gesetzlicher Übergang"). Wenn es klappt, dann zum 01.01.12 – der ursprüngliche Plan, rückwirkend ab Anfang 2011 einzusteigen, wurde aufgegeben. Verkündungstermin ist der 31. März; dann werden wir es wissen. (noa)

 **Gegenwind**

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpffer (verantw. Redakteur), Anette Nowak, Matthias Tiller, Wolle Willig, Imke Zwoch;

Druck: Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint unregelmäßig -
mindestens 8 Ausgaben pro Jahr.
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 16.03.2011

www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten,
die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder
durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe
beigetragen haben.



Nach dem, was in den letzten Tagen in Japan passiert ist, müsste sich eigentlich der Anti-Atom-Spaziergang erübrigen. Oder gibt es wirklich noch Menschen, die sich für den weiteren Betrieb von Atomkraftwerken einsetzen? Kann ja nicht – oder?

Natürlich kann das – das war nach Harrisburg so, das war nach Tschernobyl so. Man zieht bedenkliche Grimassen,

spricht von umgehender ergebnisoffener und unvoreingenommener Überprüfung der Sicherheitstechnik, um dann in einigen Wochen die von der Atomindustrie vorgefertigten Erklärungen abzugeben. Bei uns ist alles anders.

Wir dürfen nicht eher Ruhe geben, bis alle Atomanlagen in Deutschland abgeschaltet sind – sonst müssen wir eben die Bundesregierung stilllegen und abschalten!

Wilhelmshaven gegen Atomkraft

Anti-Atom-Spaziergang in Wilhelmshaven

(hk) Seit einigen Wochen stehen jeden zweiten Donnerstag eine Handvoll Wilhelmshavener Bürgerinnen und Bürger auf der Bahnhofstraße und demonstrieren für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. Wir haben die Organisatoren um eine Stellungnahme gebeten.

Wir sind eine Gruppe Wilhelmshavener Bürger, die sich aktiv in die Energiepolitik einmischen wollen, und mit verschiedenen Aktionen gegen die Atomkraft wollen wir Flagge zeigen und der Politik die Stirn bieten.

Unsere Ziele:

Klimaschutz und Energiewende jetzt! Die risikoreichen und klimaschädlichen Energieerzeugungen durch Atomkraft, Kohle und Öl und der verschwenderische Umgang mit Energie sowie der zerstörerische Umgang mit der Natur muss sofort und wirksam zurückgefahren werden zu Gunsten der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien. Vorrang und Förderung von Sonne, Wind und Wasser!

Atomanlagen stilllegen!

Die von Schwarzgelb hastig und gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung beschlossene Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke muss unverzüglich zurückgenommen werden. Besonders die maroden Altmeiler sind sofort stillzulegen, der Ausstieg aus der Atomwirtschaft muss zügig und unumkehrbar eingeleitet und vollzogen werden. Castortransporte und der Ausbau des Endlagers Gorleben sind zu stoppen.

Atompolitiker abwählen!

Politiker, die die Profitinteressen von Konzernen über den Willen und das Wohl der Bevölkerung stellen, haben in Parlamenten und Regierungsämtern nichts zu suchen. Die schwarzgelbe Bundesregierung

muss ihren Atomkurs deutlich korrigieren oder zurücktreten. Bei allen anstehenden Wahlen sind nur Politiker/innen wählbar, die sich nachweislich für Klimaschutz und eine Energiewende einsetzen und den Ausstieg aus Atom und Kohle vorantreiben.

CO2-Endlager (CSS) verhindern!

Wir wollen aktiv und laut gegen die CO2-Endlagerung protestieren. Die Bevölkerung informieren und das ganze Vorhaben verhindern.

Unser Engagement:

Wir sind überparteilich und machen mit direkten Aktionen Druck auf die Politik und die Lobby der Stromkonzerne, z.B. durch Anti-Atom-Spaziergänge, Flashmobs, Flugblattaktionen, und auch bundesweit beteiligen wir uns an Demonstrationen, Menschenketten, Unterschriftensammlungen, Petitionen und Mitmach-Aktionen. Der Spaß sollte da nicht zu kurz kommen.

Mach auch du mit:

Wir sind für jeden offen, jeder darf mitmachen, ohne dass man ein Energieexperte sein muss. Wer Spaß hat an Mitmach-Aktionen und keine Angst hat vor vielen Leuten, ist immer herzlich willkommen. Liebe Parteien, Organisationen oder Initiativen, ihr dürft euch gerne anschließen und fleißig mitmachen. Ihr wisst ja, gemeinsam ist man stark.

Atomkraftwerke abschalten - sofort!

Im Internet gibt es stets die neuesten Informationen unter anti-atom-spaziergang-wilhelmshaven.de/tl

25. April 2011:

Bundesweiter Tschernobyl-Aktionstag

Am 26. April ist sie 25 Jahre her: die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Sie erinnert daran, dass auch bei uns ein tödlicher Super-GAU jederzeit möglich ist, denn die Atomkraft ist unbeherrschbar. Das Unfallrisiko steigt mit dem Alter der Reaktoren, keiner ist gegen Flugzeugabstürze geschützt. Trotzdem hat die Bundesregierung die Laufzeiten der Atomkraftwerke in Deutschland verlängert.

Jetzt tragen wir die Auseinandersetzung um die Abschaltung der Atomkraftwerke an die AKW-Standorte - und fordern die Stilllegung aller Atomanlagen. Die Bundesländer müssen ihre Verantwortung endlich wahrnehmen und die Atomkraftwerke abschalten. Weltweit gibt es keine Lösung für den Millionen Jahre strahlendem Atommüll. Die Atommülllager Asse II und Morsleben haben gezeigt, dass Atommüll nicht einmal für Jahrzehnte sicher gelagert werden kann. Die Atomtechnologie ist unverantwortlich und die Grundlage für die Entwicklung von Atomwaffen.

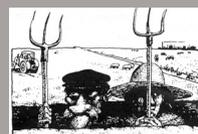
Wir fordern: Reaktoren sofort stilllegen, Atommüll-Produktion und Transporte stoppen, Atomwaffen abschaffen!

Auf nach Esenshamm

13.45 Uhr Treffen Marktplatz Rodenkirchen

14.00 Uhr Demo zum AKW

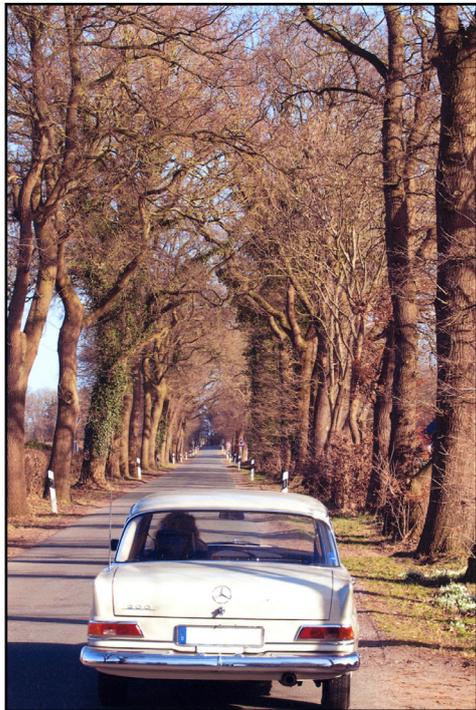
16.30 Uhr Abschluss Kundgebung Marktplatz Rodenkirchen



Deutsche Gründlichkeit

Unseren Alleen droht der Kahlschlag

(iz / BUND) Der Landkreis Friesland rühmt sich seiner schönen Alleen. Doch die Regelungswut, mit der eine neue EU-Leitlinie hierzulande ausgelegt und umgesetzt wird, setzt die regionalen Behörden unter Druck: Ohne einen Mindestabstand zum Fahrbahnrand dürfen Bäume nicht mehr an Straßen stehen. Alarmierte BürgerInnen haben sich zu einem Bündnis gegen den drohenden Kahlschlag zusammengeschlossen.



"Rettet unsere Alleen - Alleen sind Heimat" lautet die Botschaft der Bürgerinitiative, die von Karin Evers-Meyer ins Leben gerufen wurde. "Als Bürgerin, nicht als Politikerin" betonte die Bundestagsabgeordnete aus Zetel bei einer Diskussionsveranstaltung Anfang März im Bürgerhaus Schortens, wo sie neben Landrat Sven Ambrosy und Frank Buchholz, Leiter der Landesbehörde für Straßenbau in Aurich, auf dem Podium saß. Moderiert wurde die teilweise sehr emotionale Diskussion rund um das Thema "Baumunfälle" von Udo Borkenstein, Vorsitzender des Regionalen Umweltzentrums (RUZ) Schortens.

Die EU ist nicht schuld ...

Im Zweifelsfall ist immer die EU-Bürokratie schuld, wenn deutschen Behörden keine Ausrede mehr einfällt. Tatsächlich hat die EU "Leitlinien zur Straßenverkehrssicherheit 2011-2020" herausgegeben mit dem Ziel, die Zahl der Verkehrstoten auf europäischen Straßen von derzeit 35000 (2009) bis 2020 um die Hälfte zu reduzieren. Das Wort "Baumunfälle" kommt in diesen Leitlinien ebenso wenig vor wie konkrete Zahlen zu Abständen zwischen Bäumen und Straßen, und die Sicherheitsvorschriften für Straßen bilden nur einen von sieben Ansatzpunkten für weniger Verkehrstote. Die Mitgliedsstaaten sollen diese Leitlinien konkretisieren, und da hatte man in Deutschland wohl vor allem die begehrten Zuschüsse aus Brüssel und damit folgende Passage im Auge: "Die Kommission wird sicherstellen, dass EU-Mittel nur für Infrastruktur gewährt werden, die mit den Richtlinien für die Sicherheit im Straßenver-

kehr ... übereinstimmt." Man geht also im vorausweisenden Gehorsam auf Nummer sicher, um für die ganzen Ortsumfahrungen etc die EU-Förderung kassieren zu können. Das bedeutet im Umkehrschluss: Es liegt im Ermessen der Entscheidungsträger vor Ort, ob sie vielleicht lieber auf die Zuschüsse verzichten als auf ihre gewachsenen Alleen.

... wer macht die Richtlinien?

Buchholz präsentierte die so entstandenen deutschen "Richtlinien für den passiven Schutz an Straßen durch Rückhaltesysteme" (= Leitplanken u.ä.) von 2009, kurz RPS 2009, in der die "kritischen Abstände" zwischen Straßenrand und Bäumen geregelt sind. Beim Bau von neuen Straßen und auch beim Aus- und Umbau (in die Breite) gilt:

Bei einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von über 100 km/h müssen Bäume 12 m vom Straßenrand entfernt stehen, bei 80-100 km/h sind es 7,5 m, zwischen 60 und 80 km/h 4,50 m.

Die RPS 2009 wurde übrigens nicht von der Regierung herausgegeben, sondern von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV). Helge Breloer, Juristin und bundesweit anerkannte Sachverständige für Baumpflege und Verkehrssicherheit von Bäumen, vermutet, dass noch ganz andere Interessen dahinterstecken: *"Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) erweckt den Eindruck, als sei ihm jedes Mittel recht, wenn es um Kostensenkung geht, in diesem Fall um Kostensenkung auf Kosten der Bäume. Es geht darum, die Bäume vom Straßenrand zu verbannen, weil sie die Ursache der vielen 'Baumunfälle' sein sollen. Jetzt will der GDV, so ein Zeitungsbericht, durch ein Rechtsgutachten den Gemeinden und Straßenbauern 'auch auf juristischem Weg das Anlegen neuer Alleen an Straßen verleidet'. Der GDV arbeitet sehr effizient, wohl wissend, welcher Mittel er sich bedienen muss, um Wirkung zu erzielen. Hier führte der Weg zunächst über die Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV), welche*

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70



**MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT**
Mainstraße 22 ★ Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

im Oktober 1999 einen Entwurf für 'Richtlinien zum Schutz vor Baumunfällen' (RSB) erarbeitete unter federführender Mitwirkung von Volker Meewes, der im Auftrag des GDV bereits 1995 eine Studie über 'Baum-Unfälle' erarbeitete. Diese Studie mit zahlreichen statistischen Erhebungen über Unfälle an Bäumen, eine wahre Schreckensbilanz, wurde zur Grundlage der geplanten Richtlinien gemacht."

Teure Pflanzflächen

Bei Ausbauten vorhandener Straßen bedeutet die Umsetzung der RPS: Vorhandene Bäume, die zu dicht dran stehen, müssen fallen. Eine Neuanpflanzung im vorgeschriebenen Abstand scheitert oft daran, dass sich der zu bepfanzende Seitenraum gar nicht mehr im öffentlichen Eigentum befindet. Auch beim Neubau von Straßen müssten entsprechend zusätzliche Flächen erworben werden, was meist an wirtschaftlichen Erwägungen scheitert. Im Landkreis Friesland beschränkt man sich auf einseitige Bepflanzung, aber das ist dann eben keine Allee im klassischen Sinne.

Auch unabhängig von den umstrittenen Abstandsregelungen fallen im Landkreis Friesland aus Gründen der Verkehrssicherheit jährlich etwa 130 alte Straßenbäume, während nur etwa 30 nachgepflanzt werden, wussten einige Teilnehmer der Diskussion. Entschieden wird bei so genannten Baumschauen, ob ein Baum nicht mehr stand sicher ist oder zu weit in die Straße hineinragt. Oder er wird nach einem Unfall als Sicherheitsrisiko eingeschätzt. "Die Straßen sind durch Ausbauten immer breiter geworden, deshalb ragen die Kronen des alten Baumbestandes ins Lichtraumprofil der Straße und müssen beseitigt werden" beklagte Uwe Burgener, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Kreistag.

Buchholz und Ambrosy waren bemüht, die Gemüter zu beruhigen: Bei Baumschauen würden Bäume soweit wie möglich erhalten, aber es gäbe gesetzliche Vorschriften von Bund und Land, denen sie sich unterordnen müssten. Ein Angstfaktor, der den Griff zur Kettensäge beschleunigt, ist die Klagewut deutscher Bürger. Da machte auch Ambrosy keinen Hehl draus. Wenn ein am Baum Verunfallter nachweisen kann, dass der hölzerne Unfallgegner nur ein bisschen zu weit ins Lichtraumprofil der Straße ragt, ist der Landrat als Leiter der zuständigen Behörde haftbar.

Alternative: Runter vom Gas!

Da die Abstandsregelung sich nach der zulässigen Geschwindigkeit richtet, könnte man diese auch absenken. Die Crux dabei: Notorischen Freie-Fahrt-für-freie-Bürger-Fans ist schwer zu vermitteln, warum sie auf einer schnurgeraden baumbestandenen Landstraße 50 fahren sollen. Buchholz drückte es sinngemäß so aus: Man müsse das vorhersehbare tatsächliche Verhalten der Verkehrsteilnehmer dabei berücksichtigen. Man sieht also voraus, dass die Raser sich (und andere) gefährden werden, und damit sie sich dabei nicht tot fahren, macht man ihnen die Bahn frei: Statt landschaftsprägender Bäume und vernünftigen Tempo (inkl. Kontrollen) ein unbegrenztes Schotterbett zum Ausrollen?

In der Diskussion überwogen sachliche wie emotionale Beiträge zum Erhalt der Bäume, aber es kam auch die Fraktion zur Sprache, die - unabhängig vom Verhalten der Verkehrsteilnehmer - lieber einen Baum mehr absägt, damit auch Unvernunft nicht tödlich endet. Das will natürlich keiner, auch Naturschützer nicht.

Am Ende zog das Podium ein eher weich-

gespültes Resümee: Im Prinzip bestehe im Landkreis Friesland kein Grund zur Panik, alles sei in bester Ordnung und man müsse sich um den Gesamtbestand nicht sorgen. "Es droht kein Kahlschlag", so Ambrosy. Auch Evers-Meyer meinte, "Verkehrssicherheit und Allenerhalt sind kein Widerspruch in sich", aber sie habe doch den Eindruck, es gäbe einen "leisen Schwund an Bäumen". Besorgt beobachtet sie, wie gerade im Forst entlang von Straßen und Wegen "kanadische Einflugschneisen" entstünden, um der Verkehrssicherungspflicht zu entsprechen. Ihr Fazit: "Nicht alles ist gut". Vielleicht muss Frau Evers-Meyer in der Sache doch mal als Politikerin und nicht nur als Bürgerin tätig werden, um in der breiten Fraktion der Betonköpfe etwas zu bewegen. □



Die Legende vom springenden Alleebaum

Stellen Sie sich vor: Sie haben den Abend über mit Freunden ein paar leckere Bierchen und Schnäpse getrunken, fahren nun gemütlich mit 120 die dunkle Landstraße entlang nach Hause und freuen sich auf Ihr Bett. Da springt nach einer leichten Kurve unvermittelt und heimtückisch ein Baum auf die Straße und - KRACH!!

Familien, die durch einen so genannten Baumunfall einen Angehörigen verloren haben, finden diese Geschichte vermutlich nicht witzig. Sie stammt auch nicht von uns. So ähnlich erzählte Herbert Rosendorfer schon 1969, als es noch mehr Alleen und weniger Autos gab, keine Airbags, kein ABS, kein ESB, seine "Legende vom springenden Alleebaum". Mit Schadenfreude gegenüber alkoholisierten Rasern hat das nichts zu tun. Mit seiner Polemik wollte Rosendorfer nur die nicht weniger polemische Schuldzuweisung in Frage stellen, wonach Bäume nicht mehr als ein Sicherheitsrisiko im Verkehr darstellen.

Dabei besitzen Bäume durchaus positive Funktionen gerade auf Landstraßen. Als feste Strukturen vermitteln sie beim Vorbeifahren ein Gefühl für die tatsächliche Geschwindigkeit - sofern die Wahrnehmung nicht getrübt ist durch Alkohol oder andere Drogen, Müdigkeit, Terminstress. Bäume schützen vor Wind, blenden die Sonne ab und dämpfen prasselnden Regen. Bäume filtern Autoabgase. Um einen großen alten Alleebaum als CO2-Filter zu ersetzen, muss man 200 junge Bäume nachpflanzen. Nein, der Baum ist nie schuld. Er verstärkt nur die Wirkung des "Abkommens" von der Straße, die der Fahrer eines Unfallfahrzeugs verursacht. Jede Straße in eine hindernisfreie Rennbahn zu verwandeln, kann nicht der Weg sein zum Ziel der EU-Leitlinie, die bis 2020 die Zahl der Verkehrstoten halbieren soll. Die sieht dafür noch ganz andere Instrumente vor - so die konsequente Kontrolle und Ahndung von Verstößen gegen verkehrsrechtliche Vor-

schriften und intensive Schulung besonders gefährdeter Gruppen von Verkehrsteilnehmern. Selbst der ADAC schreibt in seinem "Standpunkt Baumunfälle": *Der Fahrer steht unbestritten zuvorderst in der Verantwortung, durch umsichtige und defensive Fahrweise Unfälle zu verhindern. Die tödliche Gefahr durch Baumunfälle ist jedoch vielen Verkehrsteilnehmern gar nicht bewusst. Durch Information kann die Akzeptanz für z. B. Geschwindigkeitsbeschränkungen in Alleen gesteigert werden.*

Heinz Muth, dessen Sohn 18jährig nach einem unverschuldeten Aufprall auf einen Baum zum Pflegefall wurde, vertritt die Initiative "Sicherer Straßenrand". "Für mich war die Entscheidung, alte Bäume am Straßenrand nicht mehr zu ersetzen, die beste Nachricht seit Jahren", sagte Muth in einem Gespräch mit Udo Borkenstein. "Heute gibt es keinen Grund mehr für Alleen." Sie seien historisch gewachsen. "Damals fuhr dort einmal am Tag eine Kutsche lang." Wie? In Schlössern wohnen heute auch keine Könige mehr, aber wir erhalten sie mit großem Aufwand als ein Stück schöner Architektur und lebendiger Geschichte.

Doch es kommt noch dicker: Bäume, sagt Muth, gehörten schließlich in den Wald und nicht dahin, wo sie Menschenleben gefährden. Bei allem Respekt für Familie Muth: So geht das nicht! Mag sein Sohn auch vorschriftsmäßig gefahren sein - allgemein gesprochen für die wesentlichen Unfallursachen könnte man ihm entgegenhalten: Und Rennfahrer gehören auf die Rennstrecke und alkoholisierte Fahrer gehören ins Taxi und nicht auf die Landstraße, wo sie Menschenleben gefährden. Statt eines Baumes könnte das aufprallende Auto auch einen Radfahrer oder Fußgänger treffen., der sich parallel zur Straße bewegt. Spätestens dann wird die Autorepublik Deutschland und das unbedingte Mitgefühl für Autofahrer in Frage gestellt.

Imke Zwoch

Frühstücken
Parties
Konzerte

KLING KLING

www.kling-klang-whv.de
www.myspace.com/klingklang

Hier spielt die Musik

Wilhelmshaven - Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr.

Reparaturen
aller Fabrikate
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

Minicar Dirks

772211

**Wir haben
unseren
Fuhrpark um
einige
Großraumfahrzeuge
erweitert**

Links ab!

(hk) Seit vielen Monaten gärt es im Wilhelmshavener Kreisverband der Linken. Nun hat eine Entscheidung der Kreismitgliederversammlung für klarere Verhältnisse gesorgt und einen neuen Vorstand ins Amt gehievt. Die Vermutung, dass sich Leute aus dem Umfeld des Epi-Zentrums (wir stellten es im letzten Gegenwind vor) hiermit einen Herzenswunsch erfüllt haben, ist wohl nicht ganz abwegig. Bereits in unserem Gespräch mit Vertretern der (damals noch) oppositionellen Fraktionsgruppe (Gegenwind 255) wurde die Abwahl des Vorstands als unausweichlich bezeichnet.

Wir berichten über die am 26. Februar stattgefundene Mitgliederversammlung und dokumentieren die Presseerklärung des neu gewählten Vorstands und zwei Stellungnahmen von Radio Abonga¹⁾, das ja inzwischen eine Art halbamtliche Nachrichtenagentur für den neuen Vorstand der Linken darstellt, und bieten dem alten Vorstand die Möglichkeit, darzustellen, wie man sich die weitere Arbeit innerhalb der Linken vorstellt.

Übernahme geglückt

Es gibt einen neuen Kreisvorstand der LINKEN – Ruhe wird aber nicht einkehren

(red) "Ein tiefer Riss geht durch die Linke", titelte die WZ am 28.2., und Detlef Lübben²⁾ meldete auf www.abonga.de: "Eine Riege um und mit dem Vorstand (...) taktierte schon seit Monaten mit Enthüllungen, Diffamierungen sowie Parteiausschlussverfahren gegen Mitglieder. Dies scheiterte letztlich an der Solidarität und der Mehrheit der Mitglieder, die sich bis zuletzt gegen die Machenschaften aus Missachtung persönlicher Rechte und Agitation gegen Andersdenkende gewehrt hatten."

Die Spaltung des KV WHV der Partei DIE LINKE, die hier offenbar wird, besteht schon länger und ist so tief, dass seit mindestens einem halben Jahr politische Arbeit kaum noch möglich war. Wir fragten in GW 255 "Was ist links?" und erfuhren von Klaus Heckenbach, Johann Janssen und Johann Wilms von der "Fraktion" (so nannte sich die Abspaltung, die nun am 26.02. den Kreisverband übernommen hat) Kritikpunkte am alten Kreisvorstand. Von eben diesem alten Kreisvorstand erfuhren wir, dass fünf von neun Vorstandsmitgliedern innerhalb eines Vierteljahres in Fröhsommer 2010 ihr Amt zurückgegeben haben – sie hätten die Mehrheit also sowie so haben können, ohne den Kreisverband monatelang lahm zu legen und die Spaltung immer tiefer und schließlich medienöffentlich werden zu lassen.

Manfred Sohn, der Landesvorsitzende der Partei, der zusammen mit der Landesgeschäftsführerin Maren Kaminski die Mitgliederversammlung am 26.02.2011 leitete, machte noch einen Versuch, den Kreisverband zusammenzuführen. In der Hoffnung, er könnte eine Debatte über die Gemeinsamkeiten der im Piratenmuseum Versammelten anstoßen, wiederholte er seinen Vortrag über die "K-Fragen" (Kommunismus und Kapitalismus, Krise und Krieg und die Kommunalwahl), den er am 26. Januar in Wilhelmshaven gehalten hatte. Er erwähnte, dass DIE LINKE ein in Parteiform gegossenes Linksbündnis unterschiedlichster Gruppierungen ist, dass die Gegenseite das größte Interesse an der Zerlegung der Partei hat. Er betonte die Verantwortung der Partei gegenüber denen, die seit Jahren immer tiefer in die Armut gedrängt werden, und äußerte die Befürchtung,

dass diese Menschen, wenn es links keine Einheit gibt, sich bei Wahlen nach rechts orientieren werden.

Schlamm Schlacht

Das alles half nichts, die von Sohn verordnete einstündige Debatte geriet wie jede Begegnung der beiden Lager zur Schlamm Schlacht, jeder Redebeitrag aus dem Vorstandslager wurde aus dem Fraktionslager samt "Fankurve" in Gestalt zahlreicher Mitglieder des benachbarten Kreisverbandes Friesland ausgebuht, so dass die Vorstandsmitglieder am Ende darauf verzichteten, ihre Rechenschaftsberichte abzugeben.

"Freiheit oder Tod!", hatte die Parole der "Fraktion" bis zur Übernahme gelautet – "eine verlorene Schlacht ist noch kein verlorener Krieg", sagte danach einer aus der "Riege um den Vorstand". Da herrscht ein erbitterter Kampf innerhalb der Wilhelmshavener Linken.

Maren Kaminski leitete die Abwahl und Neuwahl. Zunächst einmal verhalf sie der "Fraktion" zur nötigen Mehrheit, indem sie unter Bruch

verschiedener Satzungsbestimmungen die Aufnahme weiterer Mitglieder inszenierte, und moderierte sodann Misstrauensvotum und Abwahl des Vorstandes.

Der Wahl des neuen Vorstandes mochte die "Riege" nicht mehr beiwohnen. Sie verließ geschlossen das Versammlungslokal. Einige heimliche Sympathisanten, die geblieben waren, bedauerten den Auszug, hätten sie doch in der folgenden Wahl alte Vorstandmitglieder wieder wählen wollen. Doch von denen hätte natürlich nach eben erfolgter Abwahl niemand mehr kandidiert.

Pressemitteilung

Am vergangenen Sonnabend, den 26.02.2011, tagte der Kreisverband Wilhelmshaven der Partei "Die Linke" im Piratenmuseum. Erschienen waren einundvierzig stimmberechtigte Mitglieder und 20 Gäste anderer Kreisverbände, sowie eine Vertreterin der Presse. Geleitet wurde die Versammlung vom Landesvorsitzenden Manfred Sohn und der Landesgeschäftsführerin Maren Kaminski. Nach einer intensiven Debatte über Art der Willensbildung im Kreisverband und die Zukunft der LINKEN in Wilhelmshaven stand auf der Tagesordnung der Kreismitgliederversammlung die Neuwahl des Vorstandes an. Nachdem es an diesem Punkt leider zum Auszug einer größeren Gruppe Genossen gekommen war, einigte sich die Versammlung, zunächst nur den geschäftsführenden Vorstand neu zu besetzen und die Posten der Beisitzer offen zu lassen, um den Ausgezogenen später noch die Chance zu geben sich an der Parteilarbeit zu beteiligen.

Als neuer geschäftsführender Vorstand wurden gewählt: Klaus Heckenbach (Kassenwart), Ralph Herrmann, Melanie Zinn, Elisabeth Wolf und Jasmin Roos.

Vorab hatte sich die Mitgliederversammlung geeinigt, die Vorstandsarbeit in Zukunft nur auf das Kerngeschäft, die verwaltungstechnischen Aufgaben, zu konzentrieren und den Mitgliedern selbst die politischen Entscheidungen zu überlassen.

Im Hinblick auf den Kommunalwahlkampf hofft die LINKE Wilhelmshaven, damit ihrem basisdemokratischen Ansatz und ihrer programmatischen Ausrichtung wieder mehr gerecht zu werden und mehr Menschen als bisher in die politische Willensbildung mit einzubeziehen.

Die Schwerpunkte der nächsten Monate werden die Übertragung des Rahmenwahlprogramms auf die Wilhelmshavener Verhältnisse sowie die Suche nach geeigneten Kandidaten bilden, an der sich hoffentlich so viele Menschen wie möglich beteiligen.

Die LINKE Wilhelmshaven ist sich ihrer Sonderrolle als Partei der sozialen Gerechtigkeit und friedlichen Völkerverständigung voll bewusst und hofft, angesichts der sich vertiefenden sozialen Spaltung gestärkt aus der anstehenden Kommunalwahl herauszugehen. - Der Kampf gegen Sozialabbau, die Schließung von öffentlichen Einrichtungen und der Abbau von öffentlichen Arbeitsplätzen in Wilhelmshaven sind Orte ihres Handelns.

DIE LINKE. Wilhelmshaven

DIE LINKE.
Kreisverband Wilhelmshaven



Als **journalistisches Sprachrohr** des neuen **Vorstands** agiert die von **Detlef Lübben²⁾** betriebene **Webseite** von **Radio abonga** (www.abonga.de). Da liest (damit

man uns nicht der Fälschung beschuldigen kann, veröffentlichen wir den Text im Original-Deutsch der VerfasserInnen) sich linke Politik so:

Mitglieder der Partei DIE LINKE entscheiden demokratisch.

Auf einer **Kreismitgliederversammlung** der Partei **DIE LINKE**, am **26.02.2011**, kam es zum **offenen Schlagabtausch** zwischen dem **amtierenden Vorstand** und den **Mitgliedern**. Nach einem **Misstrauensvotum** wurde der **Vorstand** **abgewählt**.

Maren Kaminski und **Manfred Sohn** aus dem **Landesverband** der Partei **DIE LINKE**, die sich schon **häufiger** mit dem **Zwist** im **Kreisverband Wilhelmshaven** auseinandersetzen **mussten**, **leiteten** die **Versammlung** um die **Sachlichkeit** sicher zu **stellen**.

Eine Riege um und mit dem Vorstand (Detlef Schön, Helga Weinstock, Tim Sommer, Stefanie Sommer, Anette Nowak, Anette Kruse Janssen,) **taktierte schon seit Monaten mit Enthüllungen, Diffamierungen sowie Parteiauschlussverfahren gegen Mitglieder**. Dies **scheiterte** letztlich an der **Solidarität** und der **Mehrheit** der **Mitglieder**, die sich bis zuletzt

gegen die **Machenschaften** aus **Missachtung persönlicher Rechte** und **Agitation** gegen **Andersdenkende** gewehrt hatten.

Mit der **Neuwahl** des **Vorstandes** ging eine **deutliche Verjüngung** hervor, das **Durchschnittsalter** liegt bei **unter vierzig Jahren**. **Klaus Heckenbach, Ralph Herrmann, Elisabeth Wolf, Yasmin Ros, Melanie Zinn** als **neuer Vorstand** der **Partei** ließen **keinen Zweifel** an ihrer **konstruktiven** und **offenen Partei- und Mitgliederarbeit** zu.

2. März 2011: Nach Wahlschlappe wird in Wilhelmshaven schmutzige Wäsche gewaschen (Puerilismus).

Wir **möchten** den **wilden Agitationen** die **um unser Bürgerprojekt** im **Gange** sind, **folgendes entgegen** setzen.

► **Es ist richtig**, das es in **Wilhelmshaven** einen **gespaltenen linkspolitischen Einfluss** gibt.

► **Nachdem unser offenes Bürgerprojekt ABONGA Solidarität** der **gemobbten Szene** erklärte, wurde **ABONGA** ebenfalls zur **Zielscheibe infamer Intrigen** und **diffuser Beschuldigungen**.

► **Es ist falsch**, das **ABONGA** oder die **beteiligten Mitglieder** im **Zusammenhang** mit der **7. Nationalen Maritimen Konferenz** zur **Gewalt aufrufen**.

► **Es ist ebenfalls falsch**, das **ABONGA** der **Urheber** des **Videos** ist **welches** in **diesem Zusammenhang** gezeigt wird. Die **Namen** der **Urheber** des **Videos** sind **unserer Redaktion** **bekannt**. Das **Video** zeigt **Gewaltszenen** aus **Pressemitteilungen** und **Aktionen** der **"Clowns-Arme"**, die in einem

konträren Zusammenhang mit den **Informationen** in **diesen Video** stehen. Wir **finden** das **dieses Video** in **keiner Weise** zur **Gewalt aufruft**, sondern **Gewalt** als **verwerfliches Mittel sozialer- und ethisch- moralischer Politik** zeigt.

► **Es ist falsch**, das **unser allseits beliebter Genosse, Freund und Ratsmitglied der Stadt Wilhelmshaven³⁾** ein **rechtspopulistischer Störenfried** ist. Die **verwerflichen Inhalte** des **Buches** eines **Tilo Sarazin** geben **ganz sicher Grund** zu **Diskussionen**, sind **aber nicht Bestandteil** linker **Politik**. Der **Genosse** gab **nur** zu **bedenken**, das in einer **offenen und demokratischen Gesellschaft**, die **Meinungen** und die **Werte** **anders Denkender** **diskutiert** werden **müssen**.

► **Es ist falsch**, das **dem Kreisverband** der Partei **DIE LINKE** in **Wilhelmshaven** **Mitglieder** der **rechten Szene** **angehören**.

► **Es ist richtig**, das **ein junges Mitglied** der Partei **DIE LINKE** als **"Teenager"** der **rechten Szene** **angehörte**.

► **Richtig** ist auch, das **Medien** und **Agitationen** zur **Propaganda** **benutzt** werden **um soziale Projekte** in **Wilhelmshaven** zu **stören**.

► **Ebenfalls richtig** ist, das die **Kreismitgliederversammlung** der Partei **DIE LINKE** des **26.02.2011** von **19 Gegnern** der **demokratischen Mehrheit** von **22 Stimmen**, den **Versammlungsort** **vorzeitig verlassen** haben. (Siehe **Meldung** vom **26.02.11**)

► **Falsch** **hingegen** ist, das **der neue Vorstand** der Partei **nicht** zu einer **Zusammenarbeit** mit den **Mitgliedern** **bereit** ist. (...)

Detlef Lübben

Trotz alledem....

Wir, das ist die Gruppe Parteimitglieder, die auf der letzten Kreismitgliederversammlung unterlegen ist, werden trotz alledem weitermachen.

Weitermachen womit?????

► **Damit**, uns **weiterhin** für eine **soziale Politik** einzusetzen, die **nicht** an den **Bedürfnissen** der **Wilhelmshavener Bevölkerung** vorbeigeht und **nur einige wenige** **begünstigt**.

► **Damit**, **weiterhin** zu **fordern**, das **Hartz IV-Betroffene** und ihre **Familien** **nicht stigmatisiert** und **ausgegrenzt** werden, das sie **Anteil** nehmen können am **gesellschaftlichen Leben**, das sie **nicht gedemütigt** werden bei der **Beantragung** der **ihnen zustehenden Leistungen**.

► **Damit**, die **Inklusion** **weiter voranzutreiben**, so dass **Menschen** mit und **ohne Behinderungen** **zusammen lernen**, **arbeiten** und **einfach leben** können. Dazu **gehören** **barrierefreie Schulen**, **öffentliche Gebäude** usw.

► **Damit**, zu **fordern**, das eine **wirkliche Gewaltprävention** **nicht** bei den **Auswirkungen** der **Politik** ansetzen kann, die die **Gewalt** **hervorgerufen** hat, sondern **bei den Ursachen**: wie z.B. **schlechte Förderung** von **benachteiligten Kindern** und **Jugendlichen**, **fehlende Freizeitmöglichkeiten**.

► **Damit**, uns **weiterhin** für eine **antirassistische Politik** einzusetzen, die **Menschen** **nicht** aufgrund ihrer **Herkunft**, ihrer **Religion**, ihres **Geschlechts**, ihrer **sexuellen Neigung** oder ihres **Kinderreichtums** **diskriminiert**.

► **Damit**, dem **Ausverkauf** von **städtischen Gebäuden** und **Grundstücken** **entgegenzutreten**, die **von der Stadt** an **Investoren** **verkauft** werden und **später** zu **überhöhten Preisen** **zurückgemietet** werden.

► **Damit**, das **wir** eine **Rekommunalisierung** der **ausgegliederten städtischen Gesellschaften** **fordern**, **damit** der **gewählte Rat** **wieder** über **alle Aufgaben** der **Stadt** **bestimmen** kann.

Wir **haben** **nicht** den **Kreisvorstand** **gebildet**, weil wir **nach Pöstchen** und **Posten** **streben**, sondern **um die Positionen** der Partei **"Die Linke"**, die **sich weitgehend** mit **unseren eigenen Positionen** **decken**, auch in **Wilhelmshaven** **bekannt** zu **machen**. Gerade in **dieser Stadt**, die **so gebeutelt** ist von **Arbeitslosigkeit** wie **keine andere** in den **westlichen Bundesländern**, ist es **notwendig**

eine **Perspektive** **aufzuzeigen** und **zu zeigen**, das **Politik** auch **anders** geht: **offen**, **ehrlich**, **gerecht**.

Die Partei **"Die Linke"** ist der **gelungene Versuch**, die **unterschiedlichen linken Strömungen** zu **vereinen** und als **geballte Macht** der **Politik** **entgegentreten**, die **sich** nur an **Profitinteressen** **orientiert**.

Wir **werden** die Partei **"Die Linke"** **nicht verlassen**, sondern in den **Strukturen** **weiterarbeiten**, die die **Basis** dieser Partei **ausmachen**: den **Ortsverbänden**. **Bereits** im **Jahr 2009** wurden in **Wilhelmshaven** **zwei Ortsverbände** aus der **Taufe** **gehoben**: der **OV Süd-Ost** und der **OV Nord-West**. In den **letzten Monaten** haben **uns** leider die **innerparteilichen Auseinandersetzungen** **viel Kraft** **gekostet**, aber **nun** haben wir **wieder** **jede Menge Elan** und **Motivation**, die **Dinge** **anzupacken**. Die **beiden Ortsverbände** **werden** sich **regelmäßig** **einmal im Monat** **treffen** und **vor allem** die **Dinge** **thematisieren**, die die **Bevölkerung** in **diesen Stadtteilen** **betreffen**. Wer **interessiert** ist **mitzuarbeiten**, ob **nun Parteimitglied** oder **nicht**, ist zu **diesen Treffen** **herzlich eingeladen**. Den **Termin** und **Ort** **findet** man auf den **Homepage** www.dielinke-nordwest.de und www.dielinke-suedost.de **sowie** **einige Tage** **vorher** in der **WZ**.

Anette Kruse-Janßen

1) **Radio Abonga**: **Sozialkultur** und **Demokratie** sind **unsere Lebenswegbegleiter**. Als **Politiker** sind wir **geboren** und wir **sterben** als **gebrochenes Individuum**, wenn wir **nicht lernen** mit der **Macht** **unserer Stimme** **unseren Worten** **Farbe** zu **geben**. **RTV Abonga** ist ein **subkultureller selbstbestimmter medialer Freiraum**, **gesellschaftskritisch** und **emanzipatorisch**, **zugangsoffen** und **partizipativ**. (Quelle: facebook)

2) **Detlef Lübben**: **Gegen** seinen **Beitritt** zur **Linken** ist **Einspruch** **eingelegt** worden. Die **Gelegenheit**, beim **Vorstand** **Gehör** zu **finden** und die **Einspruchsgründe** zu **zerstreuen**, **ließ** er **vorübergehen**, **seine Aufnahme** wurde **abgelehnt**, er **legte** bei der **Landesschiedskommission** **Widerspruch** ein. **Dort** **liegt** nun das **Thema** seiner **Mitgliedschaft**; **dort** **hatte** man **ihm** **gesagt**, dass er **am 26.02.** **unter** **keinen Umständen** **stimmberechtigt** sein **würde**. **Mit Kaminskis Hilfe** **war** er

es **doch** – **einer** der **Gründe** für **Tim Sommer**, die **Ergebnisse** der **Versammlung** **anzufechten**.

3) **Das ist natürlich ein Plagiat** – im **Original** heißt es: **Hoch** **lebe** **unser** **großer** **Lehrer**, **großer** **Führer**, **großer** **Oberkommandierender** **und** **großer** **Steuermann**, **Vorsitzender** **Mao!** **Er** **lebe** **hoch**, **hoch**, **hoch!** **Lin** **Biao** **auf** **dem** **IX.** **Parteitag** **der** **KP** **Cinas** **-hk-**

Letzte Chance

Wer noch keinen Überprüfungsantrag wegen der Kosten der Unterkunft gestellt hat, sollte sich beeilen

(noa) Zur Versammlung am 8. Februar hatte die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland den Oldenburger Rechtsanwalt Alfred Kroll eingeladen. Thema waren die Kosten der Unterkunft (KdU).

"Seit Hartz IV wissen wir eh nicht mehr, wie spät es ist", reagierte der Referent auf einen Versprecher bezüglich des Datums. Zu spät wird es jedenfalls bald für die Hartz IV- und Grundsicherungs-Berechtigten sein, die noch keinen Überprüfungsantrag bezüglich der Kosten der Unterkunft gestellt haben. Aber der Reihe nach.

Im Dezember war Kroll wieder einmal beim Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen, wo 16 "Fälle" gegen das Job-Center Wilhelmshaven wegen zu gering bewilligter Kosten der Unterkunft verhandelt wurden. Und hier kam es zu einem Vergleichsvorschlag, den er annahm. Wenn das Job-Center Wilhelmshaven ihn auch annimmt (und das hatten die Wilhelmshavener Vertreter vorab zugesagt) ist damit endlich – nach fünf Jahren – der Dauerstreit in dieser Sache beendet.

In dem Vergleichsvorschlag sind folgende Mietobergrenzen für die Jahre 2007 bis 2009 festgeschrieben worden.

Größe der Bedarfsgemeinschaft	angemessene Kosten der Unterkunft (Kaltmiete einschließlich Nebenkosten)
1 Person	286 Euro
2 Personen	332 Euro
3 Personen	397 Euro
4 Personen	458 Euro
5 Personen	506 Euro

Sie liegen über den in der fraglichen Zeit regelmäßig vom Amt bewilligten, aber unter den in den ganzen Jahren regelmäßig von den Sozialgerichten ausgeteilten Mieten. Und: Sie decken sich mit den Zahlen, die die Arbeitsloseninitiative damals bei ihren eigenen Erhebungen ermittelt hat!

Eile ist nötig

Mit einem jetzt schnell gestellten Überprüfungsantrag kann z.B. jemand, der als Einzelperson 286 Euro Miete oder mehr gezahlt hat, aber nur 265 Euro vom Job-Center erstattet bekommen hat, sich 756 Euro vom Job-Center zurückholen.

Aber niemand sollte das jetzt auf morgen verschieben, denn mit der Neuregelung des SGB II, mit der fünf Euro Regelsatzerhöhung und ein Bildungspaket für Kinder beschlos-

sen sind, wurde auch die Gesetzesbestimmung verschlechtert, nach der Menschen, denen für sie ungünstige Bescheide ausgestellt wurden, rückwirkend zu ihrem Recht kommen können. § 44 SGB X wurde dahingehend geändert, dass diese Menschen jetzt nur noch für ein Jahr rückwirkend, nicht mehr wie vordem für vier Jahre, ihre Bescheide überprüfen lassen können.

Wir stellten sofort nach der ALI-Versammlung eine entsprechende Information in unsere Internetausgabe und sorgten auch dafür, dass auf anderen Internetpräsenzen die "Eile ist geboten"-Meldung erschien. Und DIE LINKE schrieb schnell ein Flugblatt und verteilte um die 1000 Exemplare davon vor dem Job-Center. Damit wurden hoffentlich noch viele Hartz IV-Berechtigte erreicht, die in den Jahren 2007 bis 2009 ihre Miete rechtswidrigerweise nicht voll erstattet bekommen haben, und hoffentlich haben viele von ihnen noch ihren Überprüfungsantrag

gestellt. Am 25. Februar ist die Neuregelung nun beschlossen worden, und sobald sie im Bundesgesetzblatt veröffentlicht ist, gilt sie. Und dann wird der Zug für den Vierjahreszeitraum abgefahren sein.

Der Beschiss

Mietobergrenzen für die Jahre 2010 bis 2012 sind noch keine errechnet worden. Man kann nur hoffen, dass Wilhelmshaven sie dann auf gesetzlich korrekter Basis berechnen und nicht auch die nächsten fünf Jahre vor Gericht zubringen wird.

Den jetzt hoffentlich bald abgeschlossenen Rechtsstreit gab es wegen eines Wilhelmshavener Kunstgriffs, der bundesweit in der Fachöffentlichkeit Aufsehen erregte: Statt einem Bedürftigen einen Wohnraum von 50 Quadratmetern Größe zuzubilligen (wie es sonst überall der Fall ist), ist man in Wilhelmshaven von einer Wohnungsgröße von 44 Quadratmetern ausgegangen. Das machte bei einem Quadratmeterpreise von 6 Euro einen Unterschied von 36 Euro zu Ungunsten des Grundsicherungsempfängers aus. Die Zahlen, die das Landessozialgericht

Günstige Finanzierungen

Sie wollen: kaufen, bauen, umfinanzieren oder sich den derzeitigen Zins sichern?

Konditionen auf Anfrage

**Finanzdienstleistungen
Generalagentur
Holger Janßen, Gökerstr. 216
26386 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 77 45 43
Fax: 04421 / 96 66 90**

2009 errechnet hatte, sind auch nicht richtig, sondern zu hoch gewesen. Natürlich hat das Job-Center diesen "Rüffel" sofort genutzt, um dem Landessozialgericht "Manipulation" des Zahlenwerkes vorzuwerfen (hört, hört!), und seither ist das Landessozialgericht auf das Job-Center Wilhelmshaven gar nicht gut zu sprechen.

In den drei Musterverfahren, die den langen Instanzenweg vom Sozialgericht Oldenburg über das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen bis zum Bundessozialgericht und wieder zurück zum LSG gegangen sind, wurden schließlich Profis aus dem Bereich Mathematik und Statistik hinzugezogen. Diese Gutachter hat Alfred Kroll in der Verhandlung im Dezember 2010 (s.o.) telefonisch befragt, bevor er seinerseits dem Vergleichsvorschlag des LSG zustimmte.

Darf es sein, dass eine Behörde die Unwissenden betuppt und schadlos aus der Sache rauskommt? Nach Meinung von Kroll ist die Stadt Wilhelmshaven, die als kommunaler Partner in der Gemeinsamen Einrichtung (früher ARGE) für die Kosten der Unterkunft zuständig ist, jetzt moralisch in der Pflicht, den Betroffenen die damals vorenthaltenen Beträge auch ohne rechtliche Verpflichtung zu geben und dabei bis zum Jahr 2005 zurückzugehen. Man wird sehen, ob man die Stadt dazu bewegen kann. SPD-Ratsherr Uwe Reese jedenfalls war bei der Versammlung und hat den Appell gehört. □

Die Verkürzung der Überprüfbarkeit von vier Jahren auf ein Jahr ist eine massive Einschränkung der Rechte von Menschen, die existenziell abhängig von Behörden sind. Ende 2010 war die SPD noch entschieden gegen das, was die Arbeitsministerin als Antwort auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 sich ausgedacht hat. Damals konnte man noch hoffen, dass die 25 % Bundestagsabgeordneten, die für eine Normenkontrollklage nötig sind, locker zusammenkommen würden. Jetzt ist nur noch die Rede davon, dass LINKE und GRÜNE gegen die Gesetzesnovelle klagen werden. Hoffentlich haben sie dabei auch den § 44 SGB X auf dem Schirm!



JONATHAN
NATURKOST
Die Bio-Frische in Wilhelmshaven
Marktstraße 94, 26382 Wilhelmshaven, Tel.: 04421/13438
Öffnungszeiten: montags-freitags 9.00-18.30 Uhr, samstags 9.00-14.00 Uhr

Bildungspaket für Arme

Auch hier gilt: Schnell Anträge stellen!

(noa) Auch in der März-Versammlung der ALI ging es um Anträge, die man schnell stellen sollte. Auf der Tagesordnung stand das "Bildungspaket", das zusammen mit der 5-Euro-Erhöhung Hartz IV gerechter machen soll. Stefan Wiese und Andreas Rocker vom Fachbereich Soziales des Landkreises Friesland erläuterten es.

Eigentlich sei der Termin für die ALI-Versammlung ein wenig zu früh, meinten die Referenten, denn da das neue Gesetz noch nicht im Bundesgesetzblatt steht, konnten sie sich nur auf das beziehen, was aus anderen Quellen an Gesetzestexten bislang bekannt geworden ist. Alles, was sie der Versammlung mitteilten, gilt mit der kleinen Einschränkung, dass der Gesetzestext noch nicht offiziell ist.

Das Bildungs- und Teilhabepaket, wie es vollständig heißt, war in den letzten Wochen in zahlreichen Nachrichtensendungen und Talkshows Thema, nachdem der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat sich nicht einigen konnte und deshalb die Ministerpräsidenten der Länder es sich zu eigen machten. Eine falsche Auffassung, die aus dieser medialen Betrachtung wahrscheinlich außer im Kopf der Gegenwindlerin auch in vielen anderen Köpfen hängen blieb, ist, dass es gar nicht reichen kann, weil pro Kind nur 10 Euro vorgesehen sind.

bei Gelegenheit des Bildungspakets nicht gestrichen worden. Eine Änderung wird allerdings eintreten: Gab es bisher die 100 Euro im August in einer Summe, soll der Betrag jetzt gesplittet werden. Im August gibt es 70 Euro, zu Beginn des 2. Schulhalbjahres die restlichen 30 Euro. Für jedes einzelne Schulkind ändert sich nichts, solange das Gesetz in Kraft bleibt. Der Staat allerdings spart in diesem Jahr den Betrag von [Anzahl der berechtigten SchülerInnen] x 30 Euro.

Vier zusätzliche MitarbeiterInnen braucht man in Wilhelmshaven für die Mehrarbeit durch das Bildungs- und Teilhabepaket. Das sagte SPD-Ratsherr Uwe Reese, der auch auf dieser ALI-Versammlung unter den Teilnehmern saß. Es sei, so meinte er, angesichts der 4000 "Fälle" eine Antragsflut zu erwarten. Die beiden friesischen Vertreter sind da gelassener: "Nicht alle, die einen Anspruch haben, werden ihn einfordern", ist ihre Erfahrung.

Klassenfahrten

Und gab es bislang eine Kostenübernahme durch das Job-Center nur für mehrtägige Klassenfahrten, so müssen künftig auch eintägige (früher hieß so etwas Schulausflug, noch früher Wandertag) übernommen werden.

Fahrtkosten

Eine weitere Neuerung (Wiese und Rocker bezeichneten sie als "interessanter") betrifft die Kosten des Schulweges. Bis einschließlich Klasse 10 bekommen SchülerInnen ab einer bestimmten Entfernung zur Schule freie Fahrt; ab Klasse 11 mussten bedürftige Schüler und Schülerinnen bislang selber für die Fahrtkosten zur Schule aufkommen, und die müssen künftig vom Job-Center übernommen werden.

Mittagessen

Das Schulmittagessen, von dem Frau von der Leyen während der ganzen Monate immer wieder sprach, soll für bedürftige Kinder ein bisschen erschwinglicher werden: Sie sollen nur einen Eigenanteil von einem Euro zahlen; den Rest teilen sich das Land und die Kommune. Von den 96,55 Euro im Monat, die einem sieben- bis 14-jährigen Kind für Nahrungsmittel und Getränke zugebilligt werden, sind also in einem normalen Schulmonat 20 bis 23 Euro als "häusliche Ersparnis" in der Schulkantine abzugeben.

Lernförderung

Enttäuschend dürfte die gesetzliche "Lösung" der Lernförderung für viele Eltern und Kinder sein. Hatte es immer geheißsen, dass eine gute Bildung nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern darf, ist das, was jetzt im SGB II stehen wird, eher arm. Es wird nicht etwa Nachhilfeunterricht finanziert, um womöglich aus einer "4" eine "3" oder aus

einer "3" eine "2" zu machen – es geht nur um das Erreichen des Klassenziels. Und das soll möglichst wenig kosten. Sprich: Nur Schülerinnen und Schüler, bei denen Sitzbleiben droht, sollen in den Genuss von Lernförderung kommen, und die soll in der Schule stattfinden.

Nostalgie am Rande: Nach dem Bundessozialhilfegesetz war jede/r Mitarbeiter/in einer Sozialbehörde verpflichtet, Hilfe zu leisten, wenn er/sie Kenntnis von einer Notlage bekam. Das waren noch Zeiten! Eigentlich ist das sogar immer noch so, aber andererseits gibt es Sozialleistungen nur auf Antrag. Seit Hartz IV ist die Welt nicht mehr in Ordnung, ließen Stefan Wiese und Andreas Rocker durchblicken.

Das hat natürlich zwei Seiten: Viele Eltern hatten gehofft, dass sie ihrem Kind nun eine außerschulische Nachhilfe ermöglichen könnten. Der Förderunterricht in den Schulen genießt keinen besonders guten Ruf, denn oft muss ein Kind z.B. den Matheunterricht versäumen, um am "Deutschförder" teilzunehmen (oder umgekehrt), und wenn wegen Krankheit einer Lehrkraft Unterricht ausfällt, dann eben meistens der "Förder". Andererseits ist den Geschäftserwartungen privater Nachhilfeeinstitute, die jede Gelegenheit nutzen, eine zusätzliche Mark zu machen, ein Riegel vorgeschoben; ganz deutlich wird das durch die Formulierung im Gesetz: "Die Sozialhilfeträger bestimmen die Ausgestaltung des Angebots."

Schnell beantragen

Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen hat den Erwerbsloseninitiativen und Beratungsstellen bundesweit folgende Mitteilung geschickt:

"Bezieher von Hartz IV, Sozialhilfe, Wohngeld oder des Kinderzuschlags müssen nun schnell die neuen Leistungen für Kinder und Jugendliche ("Bildung und Teilhabe") beantragen, um sich eine Nachzahlung zu sichern. Dabei geht es für einkommensschwache Haushalte um richtig viel Geld: Mindestens 30 Euro pro Kind. Gibt es ein Mittagessen in der Schule, Kita oder im Hort, sind es sogar mindestens 108 Euro!

Die Nachzahlung gibt es in Form einer Geldzahlung und unter erleichterten Bedingungen: So muss nicht nachgewiesen werden, dass ein Kind tatsächlich ein an der Schule angebotenes Mittagessen wahrgenommen hat oder tatsächlich Angebote von Vereinen genutzt hat. Um die Nachzahlung zu bekommen, müssen unbedingt bestimmte Fristen eingehalten werden: Wer Hartz IV oder Sozialhilfe bezieht, muss spätestens bis zum 30. April einen Antrag stellen, wer Wohngeld oder den Kinderzuschlag bezieht, spätestens bis zum 31. Mai.

Mehr Informationen und unsere Materialien zum Thema (Info-Blatt für Betroffene, Musterantrag, Pressemitteilung) findet Ihr hier: <http://www.erwerbslos.de/rechtshilfen/alg-2-regelleistungen-und-co/516-jetzt-handeln-kein-geld-verschenken.html>. □

"Jeder schriftlich geäußerte Wille ist ein Antrag", erfuhren wir auf der ALI-Versammlung von Herrn Wiese. Die für viele Leute verwirrenden Antragsformulare sind eigentlich nicht nötig. Bei Job-Center Wilhelmshaven bekommt man neuerdings für Anträge auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket ein Antragsformular, das zwar nicht ganz so umfangreich wie ein Erstantrag auf Arbeitslosengeld II ist, aber trotzdem eher abschreckend wirkt. Ein formloser Antrag würde vollkommen genügen. Und: Jede Sozialbehörde muss einen Antrag annehmen und an die zuständige Behörde weiterleiten. Die Wanderungen von Pontius zu Pilatus nach dem Motto "Wir sind nicht zuständig, gehen Sie zum ...amt" dürften nach dem Gesetz nicht sein!

Vereinsbeitrag & Co.

So schlimm ist es nicht. Die 10 Euro pro Kind beziehen sich lediglich auf einen Aspekt, nämlich auf die "soziale und kulturelle Teilhabe". 10 Euro Zuschuss zu Vereinsbeiträgen, Musik- oder Malschulgebühren o.ä. kann ein armes Kind beanspruchen. Und arm sind nicht nur die Kinder aus Hartz IV-Familien – das wurde gegenüber den ursprünglichen Regierungsplänen noch korrigiert. Dieser Anspruch gilt nicht also nur für Hilfebedürftige nach dem Sozialgesetzbuch II, sondern auch für die analog Berechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, für Berechtigte nach SGB XII, für Wohngeldberechtigte und für EmpfängerInnen von Kinderzuschlag.

Schulmaterialien

Und was die Verbesserung der Bildungschancen angeht: Die 100 Euro jährlich für Schulmaterial, die es seit zwei Jahren gibt, sind entgegen anders lautenden Gerüchten

Heute für morgen Zeichen setzen

100 Jahre Internationaler Frauentag: Viel erreicht - Viel zu tun

(iz) Zum 100-jährigen Bestehen des Internationalen Frauentages haben die Gleichstellungsbeauftragten und gewerkschaftlich organisierte Frauen einiges auf die Beine gestellt. Den Auftakt bildete das Frauenfest am 5. März im Gewerkschaftshaus. Doro Jürgensen und ihre Mistreiterinnen vom DGB und den Einzelgewerkschaften entführten die Gäste auf eine Zeitreise durch die Geschichte des Kampfes um die Gleichberechtigung der Frauen.

In ihrer Begrüßung stellte "Reiseleiterin" Susanne Schulze (DGB) fest: "Die letzten 100 Jahre und eigentlich auch schon darüber hinaus zeigen uns, dass Frauen viel erreichen können - jedoch am Ziel einer wirklichen Gleichstellung und Unabhängigkeit sind wir noch nicht angekommen." Die aktuellen Forderungen lauten deshalb

- Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit
- Mindestlöhne in allen Branchen
- eine Geschlechterquote für Aufsichtsräte von 40% (warum eigentlich nicht 50% - red.)
- mehr Frauen in Führungspositionen
- die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf - auch bei Pflege
- die Verlängerung des Mutterschutzes von 14 auf 18 Wochen.

Vergangenheit

Erster Überraschungsgast des Abends war Clara Zetkin, die von Angelika (Name?) in historischem Kostüm wieder zum Leben erweckt wurde. Auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27. August 1910 in Kopenhagen initiierte Zetkin (gegen den Willen ihrer männlichen Parteikollegen) den Internationalen Frauentag, der erstmals am 19. März 1911 begangen wurde (ab 1921 am 8. März). In ihrem Rückblick dankte Clara den Frauen von heute und ihren Vorfahrinnen für alles, was sie erkämpft und erreicht haben. "Doch habt ihr vollständige Gleichstellung erreicht? Das möchte wohl keine von euch behaupten! Der Siegeszug des ungezügelten Kapitalismus hat die Kolleginnen, Genossinnen und Schwestern aller Länder auf eurem Weg zur Gleichstellung schwer zurückgeworfen." Aktuell wurde belegt, dass in Deutschland (2011) Frauen für die gleiche Arbeit 25% weniger Lohn oder Gehalt bekommen. Und dass Frauen in Führungspositionen immer noch deutlich unterrepräsentiert sind. "Clara" ermunterte die Anwesenden, trotz aller Rückschläge weiterzugehen "auf einem Weg, der nie geradeaus ging. Auf einem Weg, der nie gepflastert war, sondern voller spitzer Steine. Weitergehen! Zwei Schritte vor! Keinen zurück! Heute für morgen Zeichen setzen! Unser Motto für 2011: jeden Tag aufs Neue!"



Gegenwart

Dann kamen Arbeitnehmerinnen aus der Gegenwart zu Wort. Zwei davon arbeiten in "klassischen" Frauenberufen. Dragan Brinkmann-Crnoglavac arbeitet in einer Großwäscherei. Dort sind ein Drittel der Beschäftigten Männer und zwei Drittel Frauen - harte Arbeit und trotzdem geringes Lohnniveau. Susanne Noltemeier ist im Pflegedienst tätig. "Ein toller Job - ich möchte keinen anderen machen", betonte Pflegekraft Susanne. "Aber Familie, Kinder und 24 Stunden Schichtdienst - das ist der Supergau, der Dienstplan ein Trauma". Birgit Projahn und Ute Krapp-Kappe hingegen arbeiten in einer "Männerdomäne" - im Kranbaubetrieb Manitowoc, wo sie auch als Betriebsrätinnen tätig sind (der aus 3 Frauen und 10 Männern besteht). Von etwa 700 Beschäftigten sind 10% Frauen, überwiegend im Angestelltenbereich. Die beiden beklagten, dass sich immer noch zu wenige Frauen für eine Ausbildung im gewerblich-technischen Bereich bewerben.

Zum Thema prekäre Beschäftigung sprach Susanne Schulze, die vor ihrer Tätigkeit beim DGB diverse befristete Jobs hatte und sich fragt, wie ihre Rente in 25 Jahren einmal aussehen wird. Oft genug musste sie sich anhören, Frauen wollten ja nur 400-Euro-Jobs, mal schnell ein bisschen Geld verdienen.

Zukunft

Weiter ging die Zeitreise mit einem Gast aus der Zukunft. Anders als "Clara" zeigte sich "Futura" alias Doro Jürgensen sehr überrascht über die Zustände, die sie bei ihrer Reise zurück ins Jahr 2011 vorfand. In ihrer Welt soll und darf jeder Mensch höchstens 3 Stunden am Tag einer beruflichen Tätigkeit nachgehen. Überstunden gelten als "Übelstunden". Die übrige Arbeitszeit ist jede/r mit Organisation, Erziehung, Pflege, Bildung oder politischem Engagement beschäftigt - Aufgaben, die alle eine ebenso große Wertschätzung genießen wie eine berufliche Tätigkeit. Aus "digitalen Büchern und Hologramm-Aufzeichnungen" aus unserer Zeit hatte Futura bereits Erstaunliches erfahren, zum Beispiel, dass bei uns Erwerbsarbeit vorwiegend den Männern und Reproduktionsarbeit den Frauen vorbehalten ist und es so etwas wie Sklaven (=LeiharbeiterInnen) gibt. Die Trennung zwischen beruflichem und familiärem und gesellschaftlichem Engagement erscheint Futura kaum mehr nachvollziehbar. Die ungleiche Verteilung in Führungspositionen ist in ihrer Welt schon dadurch aufgehoben, dass die Führungsjobs alle 4 Jahre - geschlechtsunabhängig - rotieren. Wenig anfangen kann Futura mit Fremdwörtern wie "Kündigung" oder "Erwerbslosigkeit" oder gar "Deregulierung". Putzig findet sie unsere Zahlungsmittel, die bei Ausgrabungen gefunden wurden.

SPOONER

Anziehsachen

Marktstr. 19

gegenüber Hertie

26382 WHV



www.myspace.com/spooneranziehsachen

NEU Cyroline T-Shirts 14,99 €

In ihrer Gesellschaft wurde Geld abgeschafft - oberstes Ziel ist es, Glück anzuhäufen, und das kann man nicht kaufen.

Unsere Rechte

Auch eine von den Veranstalterinnen erstellte Ausstellung machte 100 Jahre Kampf um Frauenrechte sehr lebendig und verdeutlichte, dass vieles, was uns heute selbstverständlich erscheint, erst seit gerade ein, zwei Generationen gesetzlich verankert ist. Das Wahlrecht haben Frauen in Deutschland seit 1919 (das passive wurde ihnen 1933 von den Nazis entzogen). Bis 1958 verwaltete der Mann das von seiner Frau in die Ehe eingebrachte Vermögen und verfügte auch über das Geld aus einer Erwerbstätigkeit der Ehefrau. Zudem konnte ein Ehemann das Dienstverhältnis seiner Frau fristlos kündigen. Bis 1975 benötigte die Frau zur Eröffnung eines Kontos die Unterschrift ihres Ehemannes. Bis 1977 mussten Frauen laut BGB ihre Ehemänner um Erlaubnis fragen, wenn sie einer beruflichen Tätigkeit nachgehen wollten. Vergewaltigung in der Ehe ist erst seit 1997 strafbar. Und erst 1998 wurde der §1300 BGB gestrichen, wonach eine Frau von ihrem ehemaligen Verlobten ein "Kranzgeld" fordern konnte - eine finanzielle Entschädigung, wenn sie ihm auf Grund eines Eheversprechens die "Beiwohnung" gestattet hatte, also die Jungfräulichkeit verlor und er anschließend das Verlöbnis löste.

So mancher Mann, der heute darüber entscheiden darf, ob eine Frau oder ein Mann eingestellt wird oder in welche Lohngruppe sie/er eingestuft wird, ist mit den alten Gesetzen noch groß geworden. Das ist keine Entschuldigung, aber eine mögliche Erklärung und einer von mehreren Gründen dafür, dass die Gleichberechtigung noch nicht erreicht ist. □

Hier gibt es mittelalterliche Getränke

Met (Honigwein)

liehlich - halbtrocken - trocken

Honigbier

Bärenfang

Kirschbier

Schottisches Bier



Kiosk Buß (neben dem KlingKlang)

Mitscherlichstr. 5, 26382 WHV

www.metecke.de

Radio Jade Lokalfunk e.V.

Nordfrost kauft sich ins Radio-Geschäft ein

(ww) Am 1. Donnerstag im März fanden sich immerhin 35 von über 250 Mitgliedern im Gorch-Fock-Haus ein, um über die aktuelle Situation von Radio Jade zu sprechen und um einen neuen Vorstand zu wählen.

Vor etwa einem Jahr wurde die Gründung einer gemeinnützigen Gesellschaft (gGmbH) beschlossen, deren Gesellschafter der Radioverein, Brune-Mettcker-Druck und Nordfrost sein sollten. Gegründet wurde bis jetzt noch nichts, weil die zuständige Landesmedienanstalt in Hannover Bedenken bei der Übergabe der Radiolizenz an die neue Gesellschaft hatte. Doch eine Lösung ist in Sicht: Im nächsten Jahr muss die neue Lizenz ab 2014 beantragt werden, und das soll dann die gGmbH tun. Dem mussten die Mitglieder des Vereins noch einmal ausdrücklich zustimmen.

An dieser Stelle wurden in der Versammlung kritische Fragen zum endgültigen Gesellschaftervertrag gestellt, etwa zur Beteiligung des Vereins bzw. der Redaktion im sog. Programmrat. Unglücklicherweise hatte der Vorsitzende Wolfgang Schmitz nur wenige Exemplare des Vertrages bei sich, die er aber gerne herumreichen würde. So sollten sich die Mitglieder überzeugen, dass alle Vorgaben aus der letzten Mitgliederversammlung umgesetzt worden seien. Das hätte wahrscheinlich eine Lesepause bis nach Mitternacht bedeutet. So zitierte dann Schmitz einige Passagen aus dem Vertrag, und die Mitglieder winkten mehrheitlich die faktische Übertragung der Lizenz an Brune-Mettcker, Nordfrost und den Radioverein durch.

Wann die neue Gesellschaft nun gegründet wird, ist noch nicht klar – bis dahin wer-

den aber pro Jahr jeweils 24.000 € freiwillig von beiden Gesellschaftern in die Radio-Jade-Kasse gezahlt!

Neuer 'alter' Vorstand

Wie vor einem Jahr angekündigt stand Schmitz für den Vorsitz des Vereins nicht mehr zur Verfügung. Aber natürlich hatte der bisherige Vorstand sich Gedanken über die Zusammensetzung des ‚neuen‘ Vorstandes gemacht. So schlug man vor, dass der ehemalige 2. Vorsitzende zum ersten und ein bisheriger Beisitzer zum 3. Vorsitzenden werden sollte. 2. Vorsitzender, Kassiererin, Schriftführer und ein Beisitzer sollten bleiben – fehlte nur noch ein/e BeisitzerIn. Wie Schmitz in der Versammlung erläuterte, hatte sich der Vorstand mit dem zukünftigen Gesellschafter Nordfrost verständigt, diesem für seine o.g. freiwilligen finanziellen Zuwendungen einen Posten im neuen Vorstand zu geben. So ähnlich sei ja auch der bisherige 2. Vorsitzende Robert Allmers von Brune-Mettcker zu seinem Amt gekommen. Das wurde von einigen Mitgliedern sehr kritisch gesehen: Das hieße wohl, man würde Vorstandsämter verkaufen!

Bei den nachfolgenden Wahlgängen wurden die Empfehlungen von der Mitgliederversammlung entsprechend umgesetzt: Neuer Vorsitzender wurde Hans Peek. Pikanterweise war die als Beisitzerin gewählte Tochter von Nordfrostchef Bartels, Britta Heine, nicht mal anwesend.

Insgesamt verlief die Versammlung teilweise turbulent, was Vereinsmitglied und Ratsherr von Teichmann zu der Bemerkung veranlasste, Radio Jade würde in der Zukunft über chaotische Ratssitzungen wohl etwas moderater berichten, denn schließlich sei man selber auch nicht viel besser! □

Leserbrief

Zum Thema Epi-Zentrum/Die Linke

Hallo, ich verfolge das Problem nun seit einiger Zeit und schrieb Herrn Ernst von "Der Linken" per Mail an mit der Frage, ob man auch eine eigene "Die Linke"-Ortsgruppe eröffnen könne in WHV wegen des Hintergrunds mit den Streitigkeiten zwischen Parteivorstand und Parteibasis und dem Problem, dass die bestehende "Die Linke" hier evtl. teilweise von Rechts unterwandert werden könnte in WHV.

Durchaus gibt es hier Leute, die sich einfach den Scheiß nicht antun wollen, der hier abgeht, aber dennoch für "Die Linke" allgemein sind. Ich kenne mehrere Leute, die sich lokal nur deswegen von "Der Linken" distanzieren, weil es das Epi-Zentrum gibt und deren Nähe zu einigen Mitgliedern "Der Linken".

Das mit der Mail an Herrn Ernst war vor etwa einem Monat (Stand 08.02.2011) und was soll ich sagen... eine schnelle Antwort bekam ich vom schnellen Porsche-Fahrer Ernst nicht. Genau genommen kam gar keine Antwort bislang.

Gruß
Frank Oltmann

Ratssplitter

vom 16. Februar 2011
am Besen: Imke Zwoch

Kaum ein Kind, das sich einmal die Finger verbrannt hat, wird ein zweites Mal mit dem Händchen auf die heiße Herdplatte patschen. Bei vielen unserer Ratsleute ist das anders. Lesen Sie selbst.

Blockaden

Erst sollte die leer stehende Grundschule Neuende verkauft werden, im Oktober 2009 forderte eine Ratsmehrheit, das älteste Schulgebäude der Stadt (von 1875) soll in städtischer Hand verbleiben und für öffentliche Zwecke genutzt werden. Denn man befürchtet, ein Käufer könnte das Gebäude abreißen, um das Grundstück neu zu bebauen. Die Verwaltung ist jetzt aber zu dem Ergebnis gekommen, dass es keine Nutzungsmöglichkeit gibt (z. B. Stadtarchiv), die sich dort verwirklichen ließe - Statik und so weiter. Deshalb sollte der Rat beschließen, die Schule wieder zum Verkauf auszuschreiben - allerdings unter der Maßgabe, dass der Erwerber das Gebäude erhalten muss.

Ratsherr Tjaden (BASU) beantragte, die Entscheidung zu vertagen, womit er knapp (21:22 Stimmen) scheiterte. Daraufhin legte Tjaden einen erweiterten Beschlusstext vor: Sofern das Gebäude verkauft wird, soll eine spätere Nutzung für städtische Zwecke ausgeschlossen werden. Einige Ratskollegen verstanden das überhaupt nicht oder taten zumindest so.

Nehmen wir mal das Küstenmuseum: Vor gut zehn Jahren wurde das Gebäude von privater Hand übernommen und saniert und wird seitdem für 20.000 Euro monatlich an die Stadt vermietet. Inzwischen sind also über 2 Mio. Euro an Miete geflossen, und man fragt sich, wo da finanziell der Witz liegt aus Sicht der Stadt. Mittlerweile gibt es Überlegungen, das es doch günstiger sein könnte, das Gebäude zu kaufen. Auch bei der Grundschule Rheinstraße gab es von vornherein Zweifel, ob die Rechnung der Verwaltung hinhaut, dass es günstiger sei, die Immobilie zu verkaufen und dann vom Eigentümer zurückzumieten. Solche "public private partnerships" sind im Rat höchst umstritten. Und es muss ja nicht sein, dass sich solch ein PPP-Modell rücklings einschleicht. Wenn die Verwaltung jetzt behauptet, eine städtische Nutzung käme keinesfalls in Frage, dann muss sie nach der Veräußerung auch dafür einstehen.

Die Bürgerinitiative für den Erhalt des Schulgebäudes vermutet, dass die Verwaltung den Ratsbeschluss von 2009 blockieren will. "Keiner unserer Vorschläge wurde

eingehend geprüft, kein Konzept oder Finanzierungsplan erstellt, in den Haushaltsberatungen kam das Thema einfach nicht vor", schreiben die BürgerInnen in einem Papier, das an die Ratsmitglieder verteilt wurde. "Im Gegenteil: In dieser Zeit wurden wieder von privater Hand Räume für städtische Leistungen angemietet und es sind noch mehr geplant. Der Bedarf der Stadt ist anscheinend da ... Ob man nun einen Kredit für die Renovierung aufnimmt oder Mieten zahlt, Geld kostet es immer, aber bei einer Renovierung gehört das Objekt nach wie vor zum Vermögen der Stadt." Die BI fordert den Rat auf, dem Verkauf eine Absage zu erteilen und "von der Verwaltung vehement eine umfassende Planung zu fordern. Denn nicht die Verwaltung sollte die Politik in Wilhelmshaven bestimmen, sondern sie als Stadtrat oder Stadträtin.". Vergebens: Am Ende stimmte eine knappe Mehrheit für die Ausschreibung zum Verkauf - ohne Tjadens Ergänzung.

Firmen stopfen Haushaltslöcher

Der Rat beschloss (einstimmig), folgende Zuwendungen anzunehmen: 1000 Euro von der Firma Nietiedt (die gerade im Heppenser Groden einen neuen Firmensitz errichtet) für die Qualifizierung von JugendleiterInnen; von der GDF Suez (die gerade im Rüstesier Groden ein Kohlekraftwerk baut) 10.877 Euro für die Anschaffung eines Spielgerätes für die Grundschule Rheinstraße sowie 3000 Euro für ein Projekt an der GS Nogat- ➤

straße; und für die Altenhilfe 4000 Euro von der Sparkasse und 17.200 Euro von der Werner-Brune-Stiftung.

Kultur ist wichtig, aber teuer

Nicht alle waren glücklich über den Wirtschaftsplan, den die Touristik und Freizeit GmbH (WTF) für 2011 vorgelegt hat. Darin ist ein Verlust von gut 3,9 Mio. Euro ausgewiesen. Einnahmen von knapp 1,4 Mio. stehen Aufwendungen von 5,3 Mio. gegenüber, wobei die Personalkosten mit 2,2 Mio. am meisten zu Buche schlagen. Ratsherr Hellwig (CDU) vermisste Transparenz und einen Maßnahmenplan gegen die Verluste. Die müssen nämlich aus dem Stadtsäckel ausgeglichen werden. (Das ist ja immer wieder ulkig, wenn bei den formal privaten Tochtergesellschaften der Stadt letztlich doch wieder die BürgerInnen zur Kasse gebeten werden. Es kann nichts darüber hinwegtäuschen, dass Kultur - ganz wichtig für die Lebensqualität - immer ein Zuschussgeschäft ist). Tjaden störte sich daran, dass über dem Papier immer noch "Entwurf" stand. Der Plan wurde bei 3 Gegenstimmen aus der BASU verabschiedet.

Das wurde auch Zeit

Seit 55 Jahren besteht das Tanklager der Nord-West-Oelleitung auf dem Heppenser Groden. Der Rat beschloss einstimmig, das jetzt auch mal baurechtlich einzutüteln. Auch vor dem Hintergrund, dass ringsum gewerbliche Bebauungspläne aufgestellt wurden und das alles auch emissionsrechtlich zueinander passen muss. Die Planungskosten trägt die NWO.

Späte Einsicht

Auf unserem letzten Titelbild haben wir - sinngemäß - die Planungen für die Bebauung des Nordufers am Banter See vorgestellt, deren Aufstellung der Rat jetzt einstimmig beschloss. 2004 hatte man noch Visionen von einem Technologiepark auf der ehemaligen Marineanlage Bant. Alte Gebäude wurden abgerissen, Altlasten saniert und (2008) das etwa acht Hektar große Gelände von der Stadt erworben. An der Emsstraße 20 entstand ein Neubau als Technologiezentrum, das bis heute ein Zentrum ohne was drumrum ist. Der rein gewerblich ausgerichtete B-Plan soll jetzt aufgehoben und durch einen neuen für Gewerbe (Dienstleistungen) und Wohnen ersetzt werden. Norbert Schmidt (SPD, Vorsitzender des Bauausschusses) erhofft sich von Angeboten für das Wohnen am Wasser Neubürger. Er versteht die Kritiker ("die brauchen wir"), die sich Gedanken machen über die schlechte Wasserqualität des Banter Sees und die Emissionen der Betriebe an der Emsstraße, "aber wir dürfen nicht soviel Zeit vertüdeln". Er überlegte, ob man Druck auf die BIMA ausüben sollte (die Bundesanstalt für Immobilien als Eigentümerin der Wiesbadenbrücke, deren Umnutzung für Wohnen und Gewerbe nicht vorangeht). Hellwig meinte, "wir werden dann sehen, welche Probleme die Emissionen machen". (Hm - man legt erst los und stellt dann ggf. fest, dass es mit der Wohnnutzung Probleme geben könnte?) FDP-Sprecher von Teichman hofft, über attraktives Wohnen am Wasser "einflussreiche, gut situierte Menschen" herzubekommen. Holger Barkowsky (SPD) hatte da seine Zweifel, weil erfahrungsge-

mäß von 30 Grundstücken nur eines an auswärtige Käufer geht. Tjaden fehlte die planerische Gesamtschau. Werner Biehl (Grüne) mutmaßte, die BIMA würde immer nur so viele Immobilien verkaufen, dass ihre Mitarbeiter nicht arbeitslos werden. Er fragte, ob mit der Neuausweisung von Wohnbauflächen, bei gleichzeitig 3800 leer stehenden Wohnungen, auch Wohnquartiere abgerissen werden, im Sinne einer innerstädtischen Verdichtung? SPD-Sprecher Neumann forderte, Neubürger "mit äußerster Priorität" zu behandeln.

Wir fassen zusammen: Angesichts weiter sinkender Einwohnerzahlen und Leerstände könnte die Stadt sich gesund schrumpfen, oder aber wir träumen weiter von der Stadt der 100.000 ...

Keine Einsicht

Nachdem man nun gerade ein Gewerbegebiet (citynah) aufgegeben hatte, das 7 Jahre brach lag, genauso wie die Gewerbefläche auf der Schleuseninsel (am Ende der Welt) und auch der Hafengroden (am Ende der Autobahn) nicht gerade vom Andrang der Investoren erdrückt wird, beschloss man, zur Abwechslung mal mitten im Grünen am Stadtrand (und einer Autobahnauffahrt) ein Gewerbegebiet auszuweisen - zwischen "Antonslust" und der Burganlage Kniphausen. Biehl fand die Planung "absurd". Auch von Teichman war dagegen. Er beeilte sich zu ergänzen, natürlich sei die FDP grundsätzlich für Gewerbeansiedlungen - aber an dieser Stelle sei das eine "nicht notwendige Landschaftszerstörung". Gleich nebenan liegt das interkommunale Gewerbegebiet "JadeWeserPark", dem die Stadt, wenn auch etwas murrend, beigetreten ist (Näheres s. Gegenwind 224 unter <http://www.gegenwind-whv.de/a22408.htm>; Beitrag der Stadt 2011: 34.100 Euro, 2010: 88.100 Euro; Randbemerkung: Wieso findet man unter www.jadeweserpark.de - "Zulieferer und Partner" eigentlich keinen Link zur Stadt Wilhelmshaven?) Von Teichman stellte spitzfindig fest, dass in der Vorlage zum B-Plan Antonslust ein Textbaustein fehlte, der sonst immer als Ziel der Planung genannt wird:

Sicherung einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und einer dem Wohl der Allgemeinheit dienenden sozialgerechten Bodennutzung, der Sicherung einer menschenwürdigen Umwelt sowie dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen auch in Verantwortung für den allgemeinen Klimaschutz.

Hellwig widersprach: "Wir können nicht genug Flächenvorrat haben." JadeWeserPark hin oder her - "Friesland nimmt auch keine Rücksicht". Soviel zum Thema interkommunale Zusammenarbeit. OB Menzel meinte, man müsse "eine Angebotslücke schließen". Neumann wusste, "überall an Autobahnauffahrten" seien Gewerbegebiete, räumte aber ein, im Moment gäbe es "überhaupt noch keinen Run" auf hier angebotene Gewerbeflächen. Tjaden konkretisierte, von 120 ha Flächenangebot im Stadtgebiet sei 2010 nur ein kleines Stück vermarktet worden. Er wunderte sich, dass an der Antonslust unter anderem ein Umspannwerk zur Abführung

des Stroms aus dem GDF-Suez-Kraftwerk entstehen soll. Denn eigentlich hat GDF schon eine entsprechende Genehmigung für das bestehende Umspannwerk an der Maade.

Bernhard Rech (CDU) glänzte wie so oft unterhalb von Stammtischniveau: "Herr Tjaden will unseren Kindern die Arbeitsplätze nehmen." Schon Napoleon, Wilhelm "und andere Führer" hätten festgestellt, welche Chancen die Lage Wilhelmshavens am tiefen Fahrwasser bietet.

Heinz Weerda (CDU) argumentierte, die Burg Kniphausen sei ohnehin schon durch drei Straßen eingeengt. Auch für Hellwig zählt, die Fläche sei ja kein Naturschutzgebiet. (Ein Blick ins Baugesetzbuch würde helfen - das ist nicht allein ausschlaggebend für die Verpflichtung, die Belange von Natur und Landschaft zu berücksichtigen.) Noch mal Rech: "Von der grünen Wiese können wir nicht leben". (Was unsere Landwirte dazu meinen, lesen Sie auf Seite 14)

Biehl interessierte: "Was legt GDF Suez dafür hin?" (1,5 Mio. Euro, wie sich im Nachgang rausstellte - ein schönes Sümmchen für das leere Stadtsäckel).

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde bei 11 Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen.

Spielverderber

Seit über einem Jahr kreißt der Unterausschuss "Umstrukturierung / Neuordnung des Gesamtkonzerns Stadt" und hat bisher allenfalls eine Maus geboren. Eigentlich sollte er für den Haushalt 2011 ein Konzept vorlegen, bis auf die Zusammenlegung von WEB und SGW kam aber nichts heraus. Und, wie Siegfried Neuman als Vorsitzender des Ausschusses erinnerte, eine Aufstellung über den städtischen Fuhrpark als Grundlage für die Einsparung von Dienstfahrzeugen. In der nächsten Sitzung sollte es um eine Bestandsaufnahme städtischer Dienstleistungen gehen.

CDU-Sprecher Günter Reuter schimpfte, mit Fuhrpark etc. habe man sich "verzettelt". Die Überlegungen zur Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts (AÖR) seien nach zwei Jahren Vorarbeit mehrheitlich abgelehnt worden.

BASU und FDP haben bereits die Flinte ins Korn geworfen (von Teichman: "Die AÖR allein bringt's nicht"), jetzt will auch die CDU im Ausschuss nicht mehr mitspielen und in der nächsten Ratsitzung beantragen, den Ausschuss aufzulösen. Neumann kritisierte das als "Flucht aus der Verantwortung". Hellwig widersprach: Neumann habe es nicht hingekriegt, den Ausschuss zu steuern, und habe sich da jetzt "bisschen was zusammengestottert". Dafür kassierte Hellwig einen Anpiff vom Ratsvorsitzenden.

Werner Biehl räumte ein, es habe seitens der BASU gute Ideen für die Umstrukturierung gegeben, die aber an den Finanzgesetzen gescheitert seien. Mit Blick auf die Erfolglosigkeit der bestehenden Gremien stellte er die Frage in den Raum: "Wer wäre dann im Gremium der AÖR und würde die Entscheidungen treffen?" Diese Grundsatzfrage zur Kompetenz tropfte so an der Wand des Ratsaals ab, ohne einen Sturm der Entrüstung hervorzurufen.

Stadtrat Jens Stoffers klagte, die Verwaltung habe viel Arbeit in die Vorbereitung der AÖR

investiert, aber ohne einen klaren Beschluss käme alles zum Stillstand. Von Teichman stichelte, der Personalrat sei der eigentliche "Hintertreiber", der die AÖR verhindert habe.

Alles offen

In der Einwohnerfrage wollte ein Bürger wissen, weshalb ein neues Umspannwerk, 8 km entfernt vom Kraftwerk, an der Antonslust entstehen soll. Auch der Rat der Stadt sei

offensichtlich nicht über die Hintergründe informiert. Stadtrat Kottek antwortete, die Netzbetreiber e.on Netz und Tennet seien verantwortlich für den Transport des Stroms. Der Standort an der Antonslust stehe noch gar nicht fest und sei nur einer von zwei möglichen Standorten. Jedenfalls sei ein Umspannwerk nur in einem ausgewiesenen Industriegebiet zulässig. Wirklich schlauer war man danach nicht. □

obliegen ihr vergleichbare Aufgaben wie die Hafenstaatkontrolle (Überprüfung von Öltagebüchern uvm.). Bislang war sie (der Name sagt es) die einzige Kontroll- und Ermittlungsbehörde in Sachen Umweltschutz auf dem Wasser.

Die GNU bemängelt zudem, dass in der Verordnung keine Ziehung von Kraftstoffproben durch die zuständigen Gewerbeaufsichtsämter zugelassen wurde. Sie können lediglich anordnen, dass die Schiffsleitung ihr eine Probe des verwendeten Schiffskraftstoffs aushändigt. Die niedersächsischen Gewerbeaufsichtsämter haben demnach nicht die Befugnis erteilt bekommen, selbst Probenahmen vorzunehmen.

Lt. EU sind die Mitgliedstaaten jedoch aufgefordert, eine glaubwürdige Umsetzung der Richtlinie durch effiziente Probenahmeverfahren durchzusetzen. Die GNU bezweifelt, dass diese passive Überwachungsmethode diesem Anspruch gerecht wird.

Auch der § 5 (Ordnungswidrigkeiten) ist eine ‚Kann‘-Bestimmung (s. Kasten).

Verordnung zum Lachen

Verwendung von schwefelhaltigen Schiffskraftstoffen in Häfen

(jm) Wieder einmal sah sich die "Gemeinschaft regionaler Natur- und Umweltschutzvereine - Wilhelmshaven und Umzu" (GNU)*1) von der niedersächsischen Landesregierung genötigt, die EU-Kommission wegen ihrer fragwürdigen Umsetzungspraxis einer EU-Richtlinie einzuschalten.

Es handelt sich hierbei um die Umsetzung der EU-Richtlinie 2005/33/EG, nach der seit dem 01. Januar 2010 in EU-Häfen von Seeschiffen nur ein Brennstoff mit 0,1% Schwefelgehalt eingesetzt werden darf.

Im vergangenen Jahr ging es um den Umsetzungstermin dieser EU-Richtlinie, weil das Nds. Umweltministerium der GNU gegenüber auf dem 31. Dezember 2010 beharrte. So blieb es der GNU nicht erspart, bei der EU-Kommission nachzufragen. Von dort wurde sie voll in ihrer Auffassung bestätigt, dass diese Richtlinie bereits am 01. Januar 2010 in nationales Recht hätte umgesetzt werden müssen. Weiter heißt es in dem Antwortbrief der Kommission vom 30. Sept. 2010: "Niedersachsen hält nach erneuter Überprüfung auf der Grundlage der Argumentation der Kommission diese Rechtsauffassung nicht mehr aufrecht."

Nun – 13,5 Monate – später, hat die EU-Richtlinie 2005/33/EG mit Erlass der "Verordnung über die Verwendung von schwefelhaltigen Schiffskraftstoffen in Seehäfen" auch in Niedersachsen Rechtskraft erlangt.

Doch weil die GNU bezweifelt, dass diese Verordnung den Vorgaben der EU-Kommission entspricht, hat sie der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission am 02. März die besagte Verordnung mit der Bitte zugesandt, sie auf ihre Kompatibilität mit den einschlägigen EU-Richtlinien zu überprüfen und das Ergebnis mitzuteilen.

Im Einzelnen hat die GNU dabei u.a. auf folgende Fragwürdigkeiten in § 4 der Verordnung hingewiesen, deren Durchführung und Anwendung als sogenannte ‚Kann‘-Bestimmung im Ermessen der Kontroll- und Bußgeldbehörden liegt (s. Kasten).

§ 4 Überwachung, Zuständigkeit

Die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter überwachen die Einhaltung der Bestimmungen des § 3. Sie können die notwendigen Maßnahmen treffen. 3 Sie können insbesondere anordnen, dass die Schiffsführerin oder der Schiffsführer

1. das Schiffstagebuch und sonstige Papiere, die sich auf die Verwendung von Schiffskraftstoffen an Bord beziehen, vorlegt und

2. Auskünfte über die Verwendung von Schiffskraftstoffen an Bord des Schiffes gibt, eine Probe des verwendeten Schiffskraftstoffs nimmt und die Probe aushändigt.

Mit der Überwachung wurden offenbar die in Cuxhaven, Emden und Oldenburg ansässigen Gewerbeaufsichtsämter betraut. Unerfindlich bleibt dabei, weshalb nicht der Wasserschutzpolizei (WSP) - die im Rahmen der sogenannten ‚Einklarierung‘ die Schiffspapiere eines von einem ausländischen Hafen kommenden Seeschiffes überprüfen muss – damit betraut wurde. Dabei

§ 5 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig nach § 29 Abs. 2 des Niedersächsischen Hafensicherheitsgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. entgegen § 3 Schiffskraftstoffe mit mehr als 0,1 Massenhundertteilen Schwefel verwendet oder

2. einer vollziehbaren Anordnung nach § 4 Sätze 2 und 3 zuwiderhandelt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000 Euro geahndet werden.

Danach kann ein Verstoß aus Fahrlässigkeit oder mit Vorsatz mit einer Geldbuße bis zu 10.000,- € geahndet werden. Auch hier verzichtet die Niedersächsische Landesregierung auf die von der EU geforderten abschreckenden Sanktionen. Es mangelt der Verordnung hierbei u.a. an der Festsetzung eines Mindestbußgeldes.

In dem Brief vom 02. März wendet sich die GNU mit der Bitte an die Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission, die Verordnung der niedersächsischen Landesregierung über die Verwendung von schwefelhaltigen Schiffskraftstoffen in Seehäfen auf ihre Kompatibilität mit den einschlägigen EU-Richtlinien zu überprüfen und ihr das Ergebnis mitzuteilen. □



*1) Der GNU gehören die Biologische Schutzgemeinschaft Hunte Weser-Ems e.V. (BSH) Kreisgruppe Wilhelmshaven, der Bund für Umwelt und Naturschutz Niedersachsen e.V. (BUND) Kreisgruppe Wilhelmshaven, der Deutscher Alpenverein e.V. (DAV) Sektion Wilhelmshaven, der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e.V. (LBU) Vertretung Wilhelmshaven, die Naturfreunde Deutschlands e.V. Ortsgruppe Wilhelmshaven, der Naturschutzbund Deutschland (NABU) Wilhelmshaven e.V. und der Tierchutz-Aktiv-Friesland und Umzu e.V. an.



Ich möchte sofort ein GEGENWIND-Förderabo!!

Vorname Name
 Straße PLZ,Wohnort
 Geburtsdatum Telefon

Mailadresse

Ich bin damit einverstanden, dass der GEGENWIND meinen Monatsbeitrag von Euro (mind. 4 Euro) im vierteljährlichen Lastschriftverfahren von meinem

Konto:..... Bank:..... Bankleitzahl.....

zugunsten des GEGENWIND-Kontos 500 355 bei der Volksbank Wilhelmshaven abbucht.

Datum Unterschrift

Da ich nicht weiß, wo der GEGENWIND ausliegt, möchte ich ihn per Post zugestellt bekommen

Absenden an: GEGENWIND, Adolfstr. 21, 26382 Wilhelmshaven
 oder eine eMail an: gegenwind.whv@t-online.de

Schafweide mit Bahnanschluss

BürgerInnen wehren sich gegen den Ausverkauf ihrer Heimat

(iz) Zwischen Wilhelmshaven und Langewerth gibt es noch große zusammenhängende Grünlandgebiete, in denen sich der historische Übergang zwischen Stadt und Land bewahrt hat. Nicht mehr lange, wenn es nach dem Willen der rot-schwarzen Mehrheit im Rat der Stadt geht und Dollarzeichen in den Augen den Blick aufs Ganze trüben.

Zwischen der Traditionsgaststätte "Antonslust", der benachbarten Logesschule und der Burg Knipphausen soll ein neues Industriegebiet entstehen. Direkt neben der Autobahn soll ein Umspannwerk gebaut werden, das den Strom vom neuen Kohlekraftwerk abführen soll, welches die GDF Suez derzeit im Rüstersieler Groden baut. Die übrigen Flächen sollen für Industrie und Gewerbe vermarktet werden. In der Februar-Ratssitzung stimmten CDU und SPD für die Aufstellung eines entsprechenden Bebauungsplans.

Die Anlieger sind nicht begeistert, dass ihr kleines Paradies am Stadtrand zerstört werden soll. Offenbar stehen sie mit ihrer Ansicht nicht allein: Etwa 70 Personen kamen zu einer Informationsveranstaltung am 7. März - einem Montagabend -, zu der die Familie Loges mit Unterstützung der Gastwirtschaftsfamilie Theiß in die Antonslust eingeladen hatte. Sie zeigten sich überwältigt von der Resonanz, zumal die Einladung nicht mal über die Tagespresse erfolgte, sondern allein über das Bürgerportal, Emails und Mundpropaganda. Für einen fairen Ablauf sorgte Moderator Wolle Willig, der allerdings ordentlich damit zu tun hatte, die anwesenden Vertreter der Politik im Zaum zu halten, damit das Ganze nicht zu einer Wahlkampfveranstaltung verkam.

FDP-Ratsherr Dr. Michael von Teichman (der auch an der Logesschule unterrichtet) gab eingangs einen Einblick in den Ablauf des Bauleitplanverfahrens. Auf Grundlage des Ratsbeschlusses wird die Verwaltung jetzt den Entwurf eines Bebauungsplanes erstellen, der nach Absegnung durch den Rat öffentlich zur Einsicht- und Stellungnahme ausliegen wird. Nach Auswertung und Abwägung aller Eingaben erfolgt schließlich der Beschluss durch den Rat, als Satzung erhält der B-Plan Rechtskraft.

Wie schon in der Ratssitzung betonte von Teichman, grundsätzlich sei die FDP natürlich für Gewerbeansiedlungen, in diesem Fall hatte sie jedoch dagegen gestimmt. Die Gründe dafür unterstrich er mit der Präsentation von Auszügen aus dem Baugesetzbuch, wonach der Schutz von Natur und

Landschaft berücksichtigt werden muss. Er brachte die Inhalte klar und sachlich rüber, allerdings behielt er nach seinem einführenden Referat für die nächsten zwei Stunden bis zum Ende der Veranstaltung seinen Platz vor der Leinwand bei, was den Eindruck erweckte, als sei er Willigs Co-Moderator und als hätte er hier eine herausgehobene Stellung gegenüber anderen anwesenden Ratsvertretern, was etwas unglücklich war.

Bei der Abwägung von Belangen der Wirtschaft gegenüber Natur und Landschaft, Erholungsfunktion und Lebensqualität ist vor allem wichtig, ob das Vorhaben unvermeidlich ist und ob es Alternativen gibt. Darum drehten sich auch die Fragen und Antworten der Diskussion.

Alternative 1: Umspannwerk Maade

Ursprünglich hatte GDF Suez die Ableitung des Stroms aus dem neuen Kraftwerk über das bestehende Umspannwerk an der Maade beantragt. Hierfür liegt eine Genehmigung des Gewerbeaufsichtsamtes vor. Demnach reichen die Kapazitäten des vorhandenen Umspannwerkes aus. Eine Anfrage von BASU-Ratsherr Joachim Tjaden hatte ergeben, dass dem Amt derzeit kein Antrag für ein neues Umspannwerk vorliegt.

Alternative 2: Rüstersieler Groden

Falls GDF Suez bzw. der zuständige Netzbetreiber TenneT nun doch zu der Erkenntnis gelangt ist, dass ein neues Umspannwerk gebraucht wird, könnte dies auch direkt neben dem neuen Kraftwerk auf dem Rüstersieler Groden entstehen. Nur: Diese benachbarten Flächen sind in Besitz der INEOS, die auf einem Teil des Geländes das Chlorgas für ihr PVC-Werk im Voslapper Groden produziert. Gerüchten zufolge sind die Stromkonzerne jedoch nicht bereit, den Preis zu zahlen, den INEOS für den Verkauf der benötigten Flächen verlangt.

Die Fläche an der Antonslust hingegen gehört der Stadt und der Kaufpreis von 1,5 Mio Euro soll deutlich günstiger sein. Die Stadt hat die Flächen schon vor geraumer Zeit für etwa 50.000 Euro von Landwirten abgekauft. Insofern wäre der Weiterverkauf an TenneT für beide Seiten ein guter Deal.

CDU-Ratsherr Bernhard Rech argumentierte, von einer grünen Wiese könne man nicht leben. In der Vergangenheit sei die Zahl der Landwirte in Wilhelmshaven gewaltig geschrumpft und all die ungenutzten Brachflächen müsse man jetzt anderweitig verwerten. Da hatte er seine Milchmädchenrechnung aber ohne die anwesenden Fachleute gemacht. Karl Eilers, Vorsitzender des Bürgervereins Langewerth-Rundum, klärte Rech auf, dass trotz Höfesterbens die landwirtschaftliche Fläche im Stadtgebiet gleichgeblieben, ja sogar ein wenig gewachsen sei, weil die verbliebenen Höfe im Sinne der Rentabilität die frei gewordenen Flächen übernommen haben.

Musikschule



schlagzeug - gitarre - bass
keyboard - gesang - recording

...learn to play.

www.schoolofrock-whv.de
info@schoolofrock-whv.de
Tel.: 04421/366423

Damit war Rechts peinlicher Auftritt aber noch nicht zu Ende. Mit Blick auf Sigrid Loges dozierte er sinngemäß wie folgt: Also in unser schönen Stadt haben wir schöne neue Kraftwerke. Die produzieren Strom. (Ach so). Und damit der Strom auf ganz Deutschland verteilt werden kann, brauchen wir ein neues Umspannwerk. Bevor jemand fragen konnte "Halten Sie Frau Loges eigentlich für geistig umnachtet?", dröhnte es aus der Eilers-Ecke: "Sind wir hier in der Sendung mit der Maus oder was?"

Eine deutlich bessere Figur machte SPD-Oberbürgermeister-Kandidat Thomas Städtler. War ja schon clever von ihm - derzeit noch in Löningen in Amt und Würden -, auf die Veranstaltung zu kommen, da hatte er den richtigen Riecher - dass da nicht 10 verlorene Seelen, sondern ein paar Dutzend aufgebrachte BürgerInnen sitzen, war vorher nicht absehbar.

Sigrid Loges stellte nämlich die Frage, warum nicht seitens der Stadt vor Beginn eines formalen Bauleitplanverfahrens solche moderierten Diskussionen veranstaltet werden, ehe "Pflöcke eingeschlagen werden". Von Teichman versuchte zu beschwichtigen: Es sei ja noch alles offen, genau deshalb sei die Verwaltung jetzt beauftragt, alle relevanten Informationen einzusammeln und im Entwurf für den Bebauungsplan zusammenzutragen. Dann sei noch genug Zeit für die Bürger, sich dazu zu äußern, und im Ergebnis könne der Rat den Plan ja auch ablehnen. Loges hakte nach: Wenn aber eine solche Versammlung zum Ergebnis habe, dass die Bürger kein Industriegebiet wollen, müsse man die Verwaltung gar nicht erst losschicken für die aufwändige Arbeit. Den Ball fing Städtler gekonnt auf: Er gab Frau Loges Recht, genau deshalb würde man in Löningen solche moderierten Verfahren vor Planungsbeginn durchführen und in dieser Hinsicht müsse sich in Wilhelmshaven noch einiges ändern.

Nicht, dass wir hier für Städtler Werbung machen wollen - nur so rein PR-technisch hat er sich klug verhalten und kam damit auch authentisch rüber. Sollte ihm bei der Wahl am 11.9. tatsächlich der Durchbruch gelingen, wird er sich allerdings an solchen Aussagen messen lassen müssen - wir werden darauf zurückkommen.

Wie eingangs erwähnt, versuchten auch andere politische Vertreter und OB-Kandidaten den Abend wahlkampftechnisch für sich auszuschlachten. Die Freien Wähler konnten damit ebenso wenig punkten wie der grüne

Bier!

BAVARIA KRUG

Betreutes Trinken
seit 1913!

OB-Kandidat van den Berg, der - ungewollt - von seinem eloquenten Kreisvorsitzenden Peter Sokolowski an die Wand geredet wurde. Joachim Tjaden (BASU) glänzte, wie sie oft, mit handfesten Ergebnissen intensiver Recherchen.

Aber zurück zum eigentlichen Sinn der Veranstaltung. Zwei Ergebnisse gilt es hier festzuhalten:

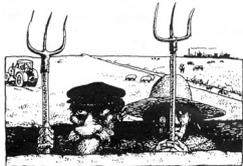
Zum einen die erfrischend unverbrauchte Herangehensweise von Sigrud Loges, die sich als Einsteigerin in die Auseinandersetzung zwischen betroffenen BürgerInnen, Politik und Verwaltung von "das geht schon seinen geordneten formalen Gang" nicht einlullen ließ, sondern an ihren eigenen basisdemokratischen Vorstellungen festhielt.

Ohne Not Natur zerstören?

Zum anderen der Kern der Kritik: Wozu schon wieder ein neues Gewerbe-/Industriegebiet, wenn etliche andere noch lange nicht flächendeckend nachgefragt sind? "Die Interessenten stehen hier nicht gerade Schlange", stellte von Teichman fest, weshalb seine ansonsten wirtschaftsfreundliche Fraktion auch gegen den Aufstellungsbeschluss für den B-Plan gestimmt hat. Pragmatiker Karl Eilers drückte es kerniger aus: Jedes neue aufwändig erschlossene, aber nicht nachgefragte Gewerbegebiet sei irgendwann eine "Schafweide mit Bahnanschluss".

Großes Interesse bestand an einem Gewerbeflächenkataster, das einmal deutlich darstellt, welches Angebot interessierte Investoren hier bereits vorfinden, ohne dass dauernd noch neue Flächen zur Auswahl hinzukommen. Dieses Kataster soll gerade in Arbeit sein.

Für Loges und ihre MitstreiterInnen war dieser Abend erst der Anfang. Zur nächsten Versammlung sollen Baudezernent Klaus Kotte und GDF-Projektleiter Frank Albers eingeladen werden, um Rede und Antwort zu stehen. □



Kommentar

Wilhelmshaven birgt ein erstaunliches Potenzial basisdemokratischer Auseinandersetzung. Ausgangspunkte sind die regelmäßigen Griffe ins Klo seitens Politik und Verwaltung, Ergebnis sind eindrucksvolle Aktivitäten Betroffener, die oft zuvor politisch nicht in Erscheinung getreten sind: Angefangen von der Bürgerinitiative Umweltschutz (gegen Öffnung des Grodendammes, später gegen ICI und andere Großprojekte) über Antiport, Zeche Rüsterei Groden, Kaiserliche KanalarbeiterInnen, Anti-Atomspaziergang und jetzt zur Rettung der Landschaft zwischen Antonlust und Burg Kniphäusen (Arbeitstitel: "Zwischen Höhle und Fegefeuer" = historische Flurstücknamen) - die WilhelmshaverInnen lassen sich durchaus nicht alles gefallen. Unterstützt werden die hoch motivierten, da persönlich Betroffenen stets durch eine überschaubare und bekannte Gruppe erfahrener AktivistInnen vom BUND und anderen Umweltverbänden. Interessant ist die Lebensdauer dieser Initiativen: Die BUW (Bürgerinitiative Umwelt-

schutz Wilhelmshaven) besteht seit den 1970er Jahren bis heute, wobei sie - von der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen, aber immer noch wirksam - unter dem Dach des Landesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) im Hintergrund agiert. Die Antiport (Bürgerinitiative gegen den JadeWeserPort) hat sich aufgelöst - nicht durch Verschleiß, sondern hochhoffiziell und konsequent, nachdem die Lobby aus Hafenwirtschaft und Politik das Projekt durchgesetzt hat. Über Umwege ist daraus die BASU hervorgegangen, die mittlerweile einen festen, wachsenden Sitz im Ratssaal einnimmt und ein vielfältiges Themenspektrum bedient. Die KanalarbeiterInnen werden vermutlich so lange weiter bohren, bis der letzte unappetitliche Goldbarren vom Banter Siel verschwunden ist. Ohne sie, die anfangs vom Oberbürgermeister als Nestbeschmutzer beschimpft wurden, die das saubere touristische Image der Stadt gefährden, wären die städtischen Aktivitäten zur Modernisierung des Abwassersystems nicht in Gang gekommen.

Nun bleibt spannend, ob das neue Bündnis um Sigrud Loges auch die lange überfällige Grundsatzdiskussion um die maßlose, angebots- statt nachfrageorientierte Ausweitung von Gewerbeflächen in Gang bringt.

Imke Zwoch

Offener Brief der Kaiserlichen KanalarbeiterInnen zur Sitzung des Rates am Mittwoch, 16. März 2011 TOP: Mischwassereinleitungen in den Jadebusen



Sehr geehrte Ratsdamen und Ratsherren, nach 5 Jahren verzeichnet unsere Bürgerinitiative der "Kaiserlichen KanalarbeiterInnen" nun immerhin den Erfolg, dass Rat und Verwaltung sich entschlossen zeigen, die unhaltbaren Zustände am einzigen maritimen Badestrand der Stadt Wilhelmshaven zu verändern, wenn auch leider noch immer nicht zu beenden. Allerdings ist verbunden mit der o.g. Beschlussfassung eine Gebührenerhöhung für die Bürger von vorerst 26 Cent je m³ Wasser, bezogen auf die genannte Investition von 13 Mill. €. Gleichzeitig soll mit der Beschlussfassung auch über die bereits vorgeplante weitere Investition von 5 Mill. € entschieden werden, woraus sich eine weitere Gebührenerhöhung für die Bürger von 10 Cent ergeben würde.

Die Bürgerinitiative der Kaiserlichen KanalarbeiterInnen möchte Sie auf folgenden Sachverhalt aufmerksam machen, bevor Sie Ihr Votum fällen: Nach einem von den WEB in Auftrag gegebenen Gutachten der "Partnerschaft GKMP", Bremen vom 10.1.2008 ist es zweifelhaft, ob diese Kosten überhaupt auf die Gebührenzahler umlegbar sind. In dem Gutachten heißt es auf Seite 8 [Zitat]:

"(...) In einem gebührenrechtlichen Gerichtsverfahren müssten die aufgeführten Gründe durch "harte Fakten" - also z. B. entsprechende Messergebnisse - belegt werden können. Dies erfordert eine sorgfältige Dokumentation auch der heutigen Situation vor Beginn der geplanten Maßnahmen, um diese nach Durchführung der Maßnahmen der verbesserten Situation gegenüberstellen zu können."

Messergebnisse aus Proben, die gezielt während und nach den Einleitungen im Bereich der Schwimmzone entnommen werden müssten, wie von den Kaiserlichen KanalarbeiterInnen seit 5 Jahren gefordert, liegen jedoch nicht vor, schon mal gar nicht vor Beginn der Maßnahmen. Im Gegenteil zeigen Zufallsbeprobungen zumeist gute bis ausgezeichnete Wasserqualitäten [dass zeitlich und lokal von den Einleitungen unabhängige Probenahmen logischerweise solche Werte erbringen, wurde von den Kaiserlichen KanalarbeiterInnen wiederholt begründet]. Es wird somit in einem gebührenrechtlichen Gerichtsverfahren schwierig werden, zu belegen, dass eine bereits ausgezeichnete Wasserqualität durch die Maßnahmen noch weiter verbessert würde - und nur dieser Nachweis würde laut GMK-Gutachten die Gebührenerhöhung rechtfertigen. Wie heißt es doch so schön in dem Satz von Mahatma Gandhi:

**"Zuerst ignorieren sie dich,
dann lachen sie über dich,
dann bekämpfen sie dich
und dann gewinnst du!"**

Die Kaiserlichen KanalarbeiterInnen freuen sich, dass dieser Satz auch in ihrem Falle zutrifft und werden ihm weiterhin folgen.

Mit freundlichen Grüßen
Die Kaiserlichen KanalarbeiterInnen

Quelle: www.buerger-whv.de

Das Letzte

Es gibt so vieles, über das wir gerne noch berichten würden - aber meist fehlt es uns am Platz, manchmal auch an der Zeit. Hier gibt es Meldungen, die der Nachwelt erhalten bleiben müssen.

Jede feiert anders

Der Internationale Frauentag fand in diesem Jahr zum 100. Mal statt. Wir berichten darüber ja auf den vorherigen Seiten. Die Sander Gleichstellungsbeauftragte Manuela Mohr hatte sich diesmal etwas ganz Besonderes ausgedacht: "Für Sonnabend, 12. März, wird ab 9.30 Uhr zum Frauenfrühstück in den Ratssaal eingeladen. Die Farb- und Stilberaterin Andrea Rose aus Schortens wird den Frauen Tipps und Anregungen zu den Themen Kosmetik und Bekleidung geben. Ausgerichtet wird das Frühstück von der Gleich-

stellungsbeauftragten und den Sander Ratsfrauen." (Wilhelmshavener Zeitung 21.02.2011)

Alice Schwarzer schreibt in der Blöd-Zeitung und Manuela Mohr pudert sich das Näschen!

Tea-Party

Der OB-Kandidaten der Grünen, Michael von den Berg (der Inhaber des Teeladens in der Nordseepassage), lässt nichts aus, um den JadeWeserPort in aller Welt bekannt zu machen. Als er jüngst in Sri Lanka war, überkam von den Berg die Vision, zukünftig Teelieferungen über den JadeWeserPort vorzunehmen. Die Jadestadt, so schreibt die Wilhelmshavener Zeitung am 22.02. "soll zu einer Teedrehscheibe werden."

JadeWeserPort akbar!

Noch schlimmer treibt es eigentlich nur noch der amtierende Oberbürgermeister Eberhard Menzel. Als der Wilhelmshavener Handball Verein (WHV) bekannt geben musste, das das Ziel 2. Bundesliga finanziell nicht zu packen sei und man sich stattdessen auf die 3. Liga vorbereite, sah der OB den JadeWeserPort als Heilsbringer: "Vielleicht stellen sich mit Inbetriebnahme des JadeWeserPorts und einem wirtschaftlichen Aufschwung auch neue Geldgeber ein, so dass wir bald wieder Bundesliga-Handball sehen können." Gibt es eigentlich einen Namen für diese Krankheit?

"Ich hasse es,

immer Recht zu behalten", stöhnt der Chaostheoretiker Dr. Ian Malcolm (Jeff Goldblum) im Film "Jurassic Park", als er vor einem T-Rex flüchtet - seine Befürchtung, dass die Zäune im Dino-Zoo keine Sicherheit garantieren, hat sich leider bewahrheitet.

Der Film ist eine ironische Fiktion, die Atomkatastrophe in Japan schreckliche Wirklichkeit. Am Tag des Reaktorunglücks sammelten sich in Baden-Württemberg 60.000 TeilnehmerInnen zu einer Menschenkette zwischen dem

Reaktor Neckarwestheim und der Landeshauptstadt Stuttgart. Die Aktion war lange vorher angemeldet, keiner konnte ahnen, dass genau an diesem Tag, an einem anderen Ort der Welt, genau das passieren würde, was die Anti-AKW-Bewegung verhindern möchte. Ihre Warnungen wurden immer wieder von Politik und Kraftwerkslobby als das "Schüren irrationaler Ängste" abgetan.



Die AKW-Gegner hätten liebend gern Unrecht behalten, doch nun ist es passiert. Jetzt heißt es erst recht, alle Kräfte zu mobilisieren. Auch in Wilhelmshaven. Bislang hatte der im Februar initiierte "Anti-Atomspaziergang" wenig Zulauf. (siehe Seite 3) Das wird sich jetzt vermutlich ändern. Es sei denn, dass die menschliche und ökologische Tragödie am anderen Ende der Welt ebenso schnell in Vergessenheit gerät wie Aufstieg und Fall des Karl-Theodor zu G.

Begründung

Alles wird teurer! Aber warum ist das so? Hier gibt es eine Begründung, warum die Stadt Wilhelmshaven 1/2 Million Euro zusätzlich in den Straßenbau stecken muss: "Aufgrund der Kreuzung der Autobahn mit der Flutstraße ist eine Kreuzungsvereinbarung zwischen Bund/Land und Stadt zu treffen. Gegenstand dieser Vereinbarung ist, die bisher höhengleiche Kreuzung in eine höhenungleiche Kreuzung umzubauen. (...) Außerdem verändert sich aufgrund eines Berechnungsfehlers im Hinblick auf die Straßenbreite der Flutstraße der Kostenanteil der Stadt von ursprünglich 37% auf 41%." Noch Fragen, Kienzle?

Ahoi!



Der GEGENWIND ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Grüne und Alternative gehören.

Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken in Wilhelmshaven und Umgebung. Themenbereiche des GEGENWIND sind Arbeit, Kultur, Kommunalpolitik, Umwelt, Soziales.

Der GEGENWIND sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die sonst keine Chance auf Veröffentlichung hätten, aufzuklären, sich einzumischen und Einfluss zu nehmen.

Der GEGENWIND wird durch Beiträge des GEGENWIND-Vereins, des GEGENWIND-Förderkreises und durch Anzeigen finanziert.

Kritik und Mitarbeit der LeserInnen sind erwünscht.

WWW.BASU-WHV.DE AUF DEM BÜRGER - PORTAL WILHELMSHAVEN:



NACH DEM SUPERGAU IN JAPAN EINES DER AKTUELLESTEN THEMEN, MIT DEM SICH AUCH DIE WILHELMSHAVENR RATS-MITGLIEDER BEFASSEN SOLLTEN: ATOMTRANSPORTE!

WWW.BUERGER-WHV.DE: 24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT

Der Protest hält auch in Wilhelmshaven Einzug! Stück für Stück erwacht der Widerstand gegen ein politisches Bewusstsein, dass die BürgerInnen systematisch übergeht. Die

„Kaiserlichen KanalarbeiterInnen“ demonstrieren schon seit 5 Jahren gegen die Fäkalienleitungen am Wilhelmshavener Südstrand, Atomkraftgegner versammeln sich regelmäßig auf der „Rambla“ und planen ein Aktionsbündnis, Industriegebiete werden geplant und die Betroffenen erfahren erst nach dem Ratsbeschluss aus der Zeitung, was und wie ihr Betrieb betroffen ist, um nur einige Beispiele zu nennen. Der Großlobbyist GDF-Suez verfolgt das Ziel, sich mit großzügigen Spenden

Wilhelmshaven quasi untertan zu machen und „beglückt“ die Jadestadt nebenbei mit einer „Dreckschleuder“, die ohne Schwermetalle und sonstige Gifte jährlich über 8 Mil-

lionen Tonnen CO₂ als Wilhelmshavens aktiven Beitrag zum Klimawandel in die Luft bläst. Nebenbei beklagt man sich, dass Wilhelmshaven als Tourismusziel förmlich gar nicht existiert, genau so wenig, wie der angebliche Jahrhunderthafen, der nicht einmal auf den offiziellen Karten verzeichnet ist

- unerhört! Die Bedeutung Wilhelmshavens im Weltgefüge wird deutlich überschätzt und dem Gros der PolitikerInnen fallen nur alte aufgewärmte Parolen zur angeblichen Rettung Wilhelmshavens ein. **Toll!**

BASU

FREIE LISTE FÜR WILHELMSHAVEN

BILDUNG | ARBEIT
SOZIALES UMWELT

WWW.BASU-WHV.DE

BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 2. U. 4. MONTAG | RUSCHEREI | 19.30 UHR!